

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

14 (4.2.1947)

NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lammstr. 1b-5, Tel. 4051/53. Ersch. wöchentl., Ausg. 1. Karlsruhe, Khe.-Land, Pforzheim (Eberstr. 18) u. für Bruchsal, Friedrichstraße, Kaufhaus Schardt. 2. Jahrgang / Nummer 14 • Karlsruhe, Dienstag, 4. Februar 1947

Um Ruhr- und Rheinkontrolle

Frankreich schlägt vier Phasen der Friedensregelung mit Deutschland vor — Der belgische Standpunkt

London, 3. Febr. (dena) Der belgische Vertreter Baron de Gruben warnte bei der Diskussion der Deutschlandfrage am 31. Januar vor ersten Folgerungen, die sich aus der Wiederherstellung einer deutschen Regierung zum Zweck der Unterzeichnung des Friedensvertrages ergeben könnten. Der Wunsch nach Einsetzung einer solchen Regierung bringe die Gefahr mit sich, daß man erneut die Folgen des Versailler Vertrages erlebe und eine Körperschaft errichte, die die Reaktion in Deutschland als die Personalisierung seiner Demütigungen und Verpflichtungen erschiene. Die militärische Kontrolle über Ruhr und Rheinland müsse von Großbritannien, Frankreich, Belgien, Holland und Luxemburg ausgeübt werden. Als Garantie zur Verhinderung einer erneuten deutschen Aggression verlangte der belgische Vertreter zunächst eine Besetzung Deutschlands auf unbestimmte Zeit, daran anschließend ein Übergangskontrollstudium von 25 bis 40 Jahren und vollstes Vertrauen in die UN.

Entwurf des deutschen Friedensvertrages im Sinne der in Moskau gefassten Beschlüsse fertigstellen soll. 3. Friedenskonferenz der 22 Alliierten, um den Entwurf der Stellvertreter zu begutachten und zu erörtern. 4. Eine weitere Konferenz der großen Vier, um einen endgültigen Friedensvertrag festzulegen.

Um die Rheinschiffahrts-Kontrolle
Berlin, 3. Febr. (ap) Wie man von US-Seite erfährt, weigern sich die Franzosen, ihre Zustimmung zu einem mit Amerika und England gemeinsam gefassten Plan zur Kontrolle der Rheinschiffahrt zu geben, die Lastkähne aller drei Zonen zusammenzufassen. Amerikanischerseits wollte man die volle Verkehrskontrolle einer von Deutschen geleiteten „Rhein-Transport-Zentrale“ übergeben, die von einem alliierten Ausschuss beaufsichtigt werden sollte.

dels zwischen Holland und den ver. britisch-amerik. Besatzungszonen Deutschlands wurden hier am 25. Jan. nach sechstägiger Konferenz zwischen holländischen, amerikanischen und britischen Vertretern getroffen.

Dazu gehört ein Vertrag über die Ausfuhr deutscher Farbstoffe nach Holland. Ferner wurden prinzipielle Abmachungen über die Lieferung holländischer Güter nach Deutschland zwecks weiterer Verarbeitung, sowie über eine Ausweitung der holländischen Kredit- und ein Verzeichnis derjenigen Artikel getroffen, die von den holländischen Kolonialgebieten in Deutschland angekauft werden sollen.

Polen übernimmt Hafen von Stettin
London, 3. Febr. (dena-INS) Polen wird in wenigen Wochen den Hafen von Stettin formell übernehmen, meldet Radio Warschau.

Kanada für Dezentralisierung
Die kanadische Regierung überreichte den Sonderbeauftragten für Deutschland ein Memorandum zum Friedensvertrag mit Deutschland, in dem vorgeschlagen wird, eine Lösung der deutschen Frage nicht sofort durch einen Friedensvertrag zwischen den Alliierten und Deutschland erreichen zu wollen. Ein neuer deutscher Staat soll durch ein internationales Statut geschaffen werden. Deutschland soll nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich dezentralisiert werden. Die Ruhr soll von einer internationalen Behörde kontrolliert und die deutsche Industriekapazität zum Wohle aller Länder ausgewertet werden. Auf jeden Fall müsse jedoch verhindert werden, daß Deutschland weiterhin das Zentrum einer wirtschaftlichen Depression bildet.

Ruhr in deutschem Bundesstaat?
London, 3. Febr. (dena-DPD) Das amerikanische Außenministerium stellt nach einem Bericht der Londoner „Sunday Times“ zur Zeit einen Plan für die Zukunft des Ruhrgebiets auf, der eine internationale Kontrolle, weitgehende politische Unabhängigkeit und eine wirtschaftliche Entwicklung der Ruhr zum Nutzen ganz West- und Mittel-Europas vorsieht. Man nimmt an, daß das Ruhrgebiet nach diesem Plan in einen deutschen Bundesstaat eingegliedert werden soll, wie etwa das Gebiet von Washington in das Bundesstaatsystem der USA.

Hilfe bei deutschem Angriff
London, 3. Febr. (dena-Reuter) Der anglo-französische Bündnisvertrag — eingebaut in den Rahmen der Charta der UN — berichtet der diplomatische Korrespondent des Londoner „Observer“, werde Frankreich die Garantie geben, daß im Falle eines deutschen Angriffs Großbritannien „innerhalb einer Stunde“ an der Seite Frankreichs stehen werde.

Frankreich nicht für Ruhrabtrennung
Die neue französische Note, in der gestern den Vertretern Rußlands, Englands und Amerikas die Forderung nach einer internationalen Verwaltung der Ruhrindustrie ohne politische Abtrennung dieses Gebiets von Deutschland unterbreitet wurde, läßt nach Ansicht politischer Beobachter den Schluß zu, daß Frankreich von dem Gedanken einer politischen Amputation deutscher Gebiete abgegangen ist, und seine Hauptsicherung gegen einen deutschen Angriff in dem neuen anglo-französischen Militärbündnis sieht.

Für Schaffung politischer Föderation
London, 3. Febr. (dena-Reuter) Der britische konservative Abgeordnete Robert Boothby erklärte in einem in der Londoner „Times“ veröffentlichten Brief zur deutschen Frage, daß die einzige Möglichkeit, Deutschland wieder auf die Beine zu bringen, ohne daß es wiederum eine Bedrohung des Weltfriedens werden könne, die Schaffung einer politischen Föderation mit gegenseitigen Zoll- und Handelsabkommen auf einer europäischen Basis und die Errichtung einer internationalen Wirtschaftsbehörde sei.

Um die Südschleswig-Frage
Kopenhagen, 3. Febr. (dena-Reuter) Die dänischen politischen Parteien haben beschlossen, die Regierung zu ermächtigen, den dänischen Vertreter in Südschleswig mit der Ueberreichung einer Bittschrift für die Bevölkerung Südschleswigs an den britischen Gouverneur in Kiel zu beauftragen. In dieser Bittschrift wird der alliierte Kontrollrat in Berlin gebeten, Südschleswig von Holstein zu trennen, und die deutschen Flüchtlinge aus der Provinz zu entfernen.

Wieder Handelsbeziehung mit Holland
den Haag, 3. Febr. (dena-Reuter) Erste Verhandlungen für eine Wiederbelebung des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern sind im Gange.

Wieder Handelsbeziehung mit Holland
den Haag, 3. Febr. (dena-Reuter) Erste Verhandlungen für eine Wiederbelebung des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern sind im Gange.

Wieder Handelsbeziehung mit Holland
den Haag, 3. Febr. (dena-Reuter) Erste Verhandlungen für eine Wiederbelebung des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern sind im Gange.

Polen und Rußland nehmen nach Ansicht eines maßgebenden Politiklers von vornherein an, daß Amerika sich den polnischen Forderungen nach rund 103 000 Quadratkil. deutschen Landes widersetzen werde. Aber nachdem Polen gegenwärtig Millionen von Einwohnern aus dem Gebiet östlich der Oder-Neiße-Linie ausgewiesen habe, sei es unwahrscheinlich, daß Amerika auf einer Regelung bestehen würde, die eine nochmalige Bevölkerungszunahme im polnischen Gebiet notwendig machen würde. Ein gutes Zeichen für den Frieden ist nach Ansicht verschiedener Diplomaten die wachsende Einsicht unter den kleineren Staaten, daß man Deutschland keine solche Reparationslast auferlegen dürfe, die durch ihre Größe im deutschen Volke eine starke Unzufriedenheit erzeugen würde.

Stuttgart, 3. Febr. (dena) „Neben einigen ganz wenigen anderen württembergischen Politikern war ich persönlich mit einer der von den Nazis meistgehassten Politiker des Landes“, erklärte der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier in einer Versammlung der DVP. „Sie wußten aus Erfahrung, daß ich nicht mit bloßen Worten Widerstand leistete, sondern mit konsequenter Tat.“ „Als wir das Ermächtigungsgesetz studierten, hielten wir drei Gedankengänge scharf auseinander: Was steht darin? Was wird daraus gemacht? Und: Wird es überhaupt gehalten? Wäre es nämlich eingehalten worden, so wäre ein Fortschritt zurück auf die Verfassung erzielt gewesen, und zwar ein ganz beträchtlicher gegenüber dem seit Sommer 1932 bestehenden Zustand vollkommener Gesetzlosigkeit.“

Stuttgart, 3. Febr. (dena) Franz Karl Maier nahm am 1. Februar über Radio Stuttgart Stellung zu den in der Landtagssitzung am 29. Januar und in einer DVP-Versammlung am 31. Januar zur Anklage gegen Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Kultusminister Simpfendorfer gemachten Ausführungen. Wir entnehmen dem dena-Bericht u. a. folgendes: „Sie haben vielleicht schon bemerkt, daß von dem Kultusminister Simpfendorfer, den ich vor allem auch wegen aktiver, propagandistischer Unterstützung des Nationalsozialismus als Hauptschuldigen bezeichne, mit keinem Worte mehr die Rede ist. Seine Ernennung zum Kultusminister mußte ich in dem Anklageantrag gegen den Ministerpräsidenten als erschwerendes Moment anführen, weil der Ministerpräsident die politische Vergangenheit von Simpfendorfer genau kannte. Man hat die beiden Betroffenen neun Monate lang dem gesetzlichen Spruchkammerverfahren entzogen u. will das auch weiterhin tun. Bei Simpfendorfer ginge dies nicht einmal mit dem gesetzwidrigen Vorwand des Untersuchungsausschusses des Landtages, denn der Ausschuß ist nur eingesetzt mit der vielsagenden Aufgabe, der Bevölkerung eine objektive Beurteilung der Sachlage bezüglich des Ermächtigungsgesetzes zu ermöglichen. Es hat also sicher nichts damit zu tun, daß Herr Wilhelm Simpfendorfer neben der Mitwirkung beim Ermächtigungsgesetz auch unmittelbare nationalsozialistische Gesinnung und Haltung zur Last liege.“

Das französische Friedensmemorandum
London, 3. Febr. (dena-Reuter) Das von der französischen Regierung dem Sekretariat der Konferenz der Stellvertreter der Außenminister am 1. Februar überreichte Memorandum über den Friedensvertrag mit Deutschland sieht folgende vier Phasen vor, nach denen die Friedensregelung mit Deutschland erfolgen soll: 1. Die Moskauer Konferenz im März. 2. Eine Konferenz der Stellvertreter, die den ersten Entwurf des deutschen Friedensvertrages im Sinne der in Moskau gefassten Beschlüsse fertigstellen soll. 3. Friedenskonferenz der 22 Alliierten, um den Entwurf der Stellvertreter zu begutachten und zu erörtern. 4. Eine weitere Konferenz der großen Vier, um einen endgültigen Friedensvertrag festzulegen.

Stuttgart, 3. Febr. (dena) „Neben einigen ganz wenigen anderen württembergischen Politikern war ich persönlich mit einer der von den Nazis meistgehassten Politiker des Landes“, erklärte der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier in einer Versammlung der DVP. „Sie wußten aus Erfahrung, daß ich nicht mit bloßen Worten Widerstand leistete, sondern mit konsequenter Tat.“ „Als wir das Ermächtigungsgesetz studierten, hielten wir drei Gedankengänge scharf auseinander: Was steht darin? Was wird daraus gemacht? Und: Wird es überhaupt gehalten? Wäre es nämlich eingehalten worden, so wäre ein Fortschritt zurück auf die Verfassung erzielt gewesen, und zwar ein ganz beträchtlicher gegenüber dem seit Sommer 1932 bestehenden Zustand vollkommener Gesetzlosigkeit.“

Stuttgart, 3. Febr. (dena) Franz Karl Maier nahm am 1. Februar über Radio Stuttgart Stellung zu den in der Landtagssitzung am 29. Januar und in einer DVP-Versammlung am 31. Januar zur Anklage gegen Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Kultusminister Simpfendorfer gemachten Ausführungen. Wir entnehmen dem dena-Bericht u. a. folgendes: „Sie haben vielleicht schon bemerkt, daß von dem Kultusminister Simpfendorfer, den ich vor allem auch wegen aktiver, propagandistischer Unterstützung des Nationalsozialismus als Hauptschuldigen bezeichne, mit keinem Worte mehr die Rede ist. Seine Ernennung zum Kultusminister mußte ich in dem Anklageantrag gegen den Ministerpräsidenten als erschwerendes Moment anführen, weil der Ministerpräsident die politische Vergangenheit von Simpfendorfer genau kannte. Man hat die beiden Betroffenen neun Monate lang dem gesetzlichen Spruchkammerverfahren entzogen u. will das auch weiterhin tun. Bei Simpfendorfer ginge dies nicht einmal mit dem gesetzwidrigen Vorwand des Untersuchungsausschusses des Landtages, denn der Ausschuß ist nur eingesetzt mit der vielsagenden Aufgabe, der Bevölkerung eine objektive Beurteilung der Sachlage bezüglich des Ermächtigungsgesetzes zu ermöglichen. Es hat also sicher nichts damit zu tun, daß Herr Wilhelm Simpfendorfer neben der Mitwirkung beim Ermächtigungsgesetz auch unmittelbare nationalsozialistische Gesinnung und Haltung zur Last liege.“

F. K. Maier contra Maier

Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier: „Die Entnazifizierung ist ins Mark getroffen worden.“

Über die „Machtergreifung“
Papen für Regierungsbeteiligung Hitlers — Reichstagsbrand und 30. Juni 1934
Nürnberg, 3. Febr. (dena) In der Verhandlung gegen Franz von Papen wurde am 31. Januar der ehemalige Staatsminister und Chef der Präsidentskanzlei, Dr. Otto Meißner, als Zeuge vernommen. Meißner sagte aus, General von Schleicher habe seinerzeit Hindenburg vorgeschlagen, Papen mit der Bildung eines Kabinetts zu beauftragen. Von Papen wollte bei der Bildung seines Kabinetts mit dem Nationalsozialisten miteinschließen. Hitler habe sich damals bei einer Besprechung seine Handlungsfreiheit vorbehalten und auf alle Fälle seine Zusage von der Auflösung des Reichstags abhängig gemacht. Aus der Reichstagsbrand eingehend, erklärte Meißner, daß Papen und Hitler diese Nachricht Hindenburg überbracht hätten. Ihm sei erklärt worden, daß die Kommunisten den Reichstag angezündet hätten, um das „Fähnchen zum Angriff zu wehen.“ Meißner fügte hinzu, daß sich die Kabinettsmitglieder immer mehr passiv verhielten und auch nach der „Wahl“ vom 12. November 1933, bei der es infolge des Verbots aller Parteien, mit Ausnahme der NSDAP, zu einer 90prozentigen „Mehrheit“ für Hitler gekommen war, keines der Kabinettsmitglieder gegen das Ausschalten der Parteien in diesen Wahlen in den Kabinettsitzungen protestierte. Vom Präsidenten aufgefordert über die Vorgänge zu berichten, die zum „Anschluß“ Österreichs führten, schilderte von Papen, wie er am 4. Februar 1938 durch einen telefonischen Anruf aus Berlin davon unterrichtet wurde, daß er seines Amtes ent-

hoben und daß auch Herr von Neurath entlassen und durch Herrn von Ribbentrop ersetzt worden sei. Selber Ansicht nach sei er entlassen worden, weil Hitler mit seiner Politik in Österreich nicht einverstanden gewesen sei. Der ehemalige SA-Chef Ernst Röhm wurde am 30. Juni 1934 deshalb ermordet, weil er eine „schwere Revolte“ gegen Adolf Hitler plante, erklärte Meißner weiter. Die Ermordung des ehemaligen Reichskanzlers Kurt Schleicher und des Sekretärs von Papen, Edgar Jung hätten mit dem Tode Röhm in keinerlei Beziehung gestanden. Von Papen selbst wurde an jenem verwerflichen Tage verhaftet. Meißner, der seinen Posten als Staatssekretär unter drei Reichspräsidenten — Friedrich Ebert, Paul von Hindenburg und Adolf Hitler — innehatte, erklärte, daß von Papen auf von Hindenburg eingewirkt hätte, in seinem Testament Hitler als seinen Nachfolger vorzuschlagen. Der Entlassungszeuge Werner Otto von Hentig, ehemaliger Gesandter im Auswärtigen Amt und Leiter des Referates Orient, der über Papens Botschaftertätigkeit in der Türkei befragt wurde, erklärte, Papen sei von türkischer Seite sehr geschätzt worden, und man sei allgemein der Ueberzeugung gewesen, daß von Papen keine nazistische Politik betreiben würde. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Egon Kuboschok, wie das Verhältnis zwischen Ribbentrop und Papen gewesen sei, erklärte der Zeuge: „Ausgesprochen schlecht.“

doch vielleicht in der nahen oder fernen Zukunft sich verändernde Situation?“ Die Auffassung, daß mit dem Ermächtigungsgesetz die Verfassung aufgehoben worden sei, müsse mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden, da im Schlußartikel dieses Gesetzes zum Ausdruck gebracht sei, daß dieses Gesetz außer Kraft trete, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst werde. Abschließend berührte Dr. Maier die Ereignisse der letzten Tage und sagte, die Entnazifizierung sei ins Mark getroffen worden. Der Schuß vom 24. Januar habe ins Schwarze getroffen und es werde sorgfältiger Arbeit bedürfen, bis der moralische Schaden durch den Mißbrauch des Befreiungsgesetzes zu durchsichtigen politischen Zwecken wieder gut gemacht sei. Stuttgart, 3. Febr. (dena) Franz Karl Maier nahm am 1. Februar über Radio Stuttgart Stellung zu den in der Landtagssitzung am 29. Januar und in einer DVP-Versammlung am 31. Januar zur Anklage gegen Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier und Kultusminister Simpfendorfer gemachten Ausführungen. Wir entnehmen dem dena-Bericht u. a. folgendes: „Sie haben vielleicht schon bemerkt, daß von dem Kultusminister Simpfendorfer, den ich vor allem auch wegen aktiver, propagandistischer Unterstützung des Nationalsozialismus als Hauptschuldigen bezeichne, mit keinem Worte mehr die Rede ist. Seine Ernennung zum Kultusminister mußte ich in dem Anklageantrag gegen den Ministerpräsidenten als erschwerendes Moment anführen, weil der Ministerpräsident die politische Vergangenheit von Simpfendorfer genau kannte. Man hat die beiden Betroffenen neun Monate lang dem gesetzlichen Spruchkammerverfahren entzogen u. will das auch weiterhin tun. Bei Simpfendorfer ginge dies nicht einmal mit dem gesetzwidrigen Vorwand des Untersuchungsausschusses des Landtages, denn der Ausschuß ist nur eingesetzt mit der vielsagenden Aufgabe, der Bevölkerung eine objektive Beurteilung der Sachlage bezüglich des Ermächtigungsgesetzes zu ermöglichen. Es hat also sicher nichts damit zu tun, daß Herr Wilhelm Simpfendorfer neben der Mitwirkung beim Ermächtigungsgesetz auch unmittelbare nationalsozialistische Gesinnung und Haltung zur Last liege.“ Angesichts der DVP-Versammlung halte ich mich für verpflichtet, folgendes zu sagen: „Wie kam es, daß die Parteien einstimmig die Regierung billigten und in Kauf nahmen, daß Wilhelm Simpfendorfer, der im April 1933 die Demokratie geschmäht und öffentlich geschrieben hatte, daß Hitler für die Beseitigung des faulen Systems von 1918 Anerkennung verdiene, dabei in dem Augenblick Kultusminister wurde, wo wir mit dem Bau einer neuen Demokratie beginnen?“ Ich glaube nicht, daß dies möglich gewesen wäre, wenn eine unmittelbare Verantwortlichkeit des Ab-

Funkmeldungen

Aus aller Welt
Washington, 3. Febr. (dena) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall erklärte am 2. Febr., daß die Entnazifizierung in Deutschland und die Erfassung der Nazi-Guthaben im Ausland.

Letzte Neuigkeiten

Neuer Bombenanschlag in Nürnberg
Nürnberg, 4. Febr. (dena) Ein Bombenanschlag auf das Gebäude Karl Brögerstr. 9, in dem sich die Nürnberger SPD-Verwaltung befindet, wurde am 1. Febr. gegen 21.30 Uhr verübt. In dem fünfstöckigen Gebäude befinden sich außer der SPD-Verwaltung, die Oberstaatsanwaltschaft des Landesgerichts Erlangen und die Räume des Präsidenten Camill Sachs, der die Spruchkammerverhandlung gegen Franz von Papen führt. Im Laufe der Nacht zum Sonntag wurde eine Reihe verdächtiger Personen verhaftet. Nazistische Flugblätter dienten als Verpackungsmaterial der zur Explosion gebrachten Bombe. Aus der Herkunft dieser Flugblätter wird geschlossen, daß die Täter Ortsansässige gewesen sein müssen. „Ich halte es für ausgeschlossen, daß von dem Personenkreis um Papen jemand mit dem Attentat in Zusammenhang steht“, erklärte Landgerichtspräsident Camill Sachs.

Kamm will schnelle Entnazifizierung
Schwäbisch-Hall, 3. Febr. (dena) „Wenn wir nicht die letzte Instanz sind, die ein Urteil fällen kann, und die US-Militärregierung es sich immer wieder vorbehält, die Urteilsprüche abzuändern oder für ungültig zu erklären, kann man es der deutschen Öffentlichkeit nicht verdenken, wenn sie mit Mißtrauen und Abneigung auf die Probleme der Entnazifizierung reagiert“, erklärte hier am 30. Januar der württemberg-badische Minister für politische Befreiung, Gottlob Kamm. „Ich werde mein weiteres Verbleiben im Amt davon abhängig machen, ob es gelingt, die von mir vorgeschlagenen Verbesserungen in der gesamten Methode der Entnazifizierung durchzuführen. Wenn es dazu kommen sollte, daß die amerikanische Militärregierung die Entnazifizierung wieder in die eigene Hand nehmen würde, und wenn die Zustände in dieser Form weiter anhalten, wird es dazu kommen, daß von der Entnazifizierung nicht 40, sondern 80 Prozent der Bevölkerung betroffen werden.“ „Wenn die Schwierigkeiten, die jetzt in unserer Arbeit eingetreten sind, sich zum Dauerzustand herausbilden, müssen wir die Entnazifizierung einstellen, weil sie als zerstört angesehen werden muß.“ Ich bin bei meinen Ueberlegungen und Erfahrungen zu der Erkenntnis gekommen, daß wir mit der Durchführung des Entnazifizierungsgesetzes noch im Jahre 1947 endgültig fertig werden müssen.“

Generalstreik in Nürnberg

Nürnberg, 4. Febr. (dena) Der von den Gewerkschaften am Montag beschlossene Generalstreik machte sich in der Stadt bereits um elf Uhr fünfzehn bemerkbar. In allen Nürnberger Großbetrieben, in der Stadtverwaltung, den Postbetrieben und allen öffentlichen Betrieben wurde der Aufforderung des Allgemeinen Freien Gewerkschaftsbundes die Arbeit von zwölf bis sechzehn Uhr niederzulegen, reallos Folge geleistet. Die Zahl der Streikenden in Nürnberg wird auf sechzig- bis siebzigttausend geschätzt. Ferner haben auch die Arbeiter und Angestellten der Stadt Fürth sowie in Schwabach einer Aufforderung des Allgemeinen Freien Gewerkschaftsbundes Folge geleistet und sind am Montag um zwölf Uhr in den Streik getreten. Dänische Truppen als Besatzung Kopenhagen, 3. Febr. (dena-Reuter) Das für die Besetzung vorgesehene dänische Truppenkontingent in einer Stärke von 4000 Mann soll im April nach Deutschland abrücken. Protestnote Englands an Polen London, 3. Febr. (ap) Die britische Regierung, die über die Ernennung eines Nachfolgers für den abberufenen Botschafter Cavendish-Bentin den britischen Botschafter in Warschau, die am 31. Jan. eine Note an die polnische Regierung, worin sie eine Begründung der Verhaftung der Maria Marynowski verlangt. Diese war Ueberseherin bei der britischen Botschaft in Warschau.



Befreiungsminister Kamm (links) und Landtagspräsident Kell (rechts) (dena-Bild)

Sympathieresolution für Franz Karl Maier

Darmstadt, 3. Febr. (dena) Die öffentlichen Ankläger der Spruchkammer Darmstadt-Lager richteten am 29. Januar eine Resolution an das hessische und württembergisch-badische Ministerium für politische Befreiung in der der bei allen Antifaschisten ausgelöstes Empörung über die Dienstenthebung des öffentlichen Anklägers der Spruchkammer Stuttgart, Franz Karl Maier, Ausdruck geben. „Wir mißbilligen aufs Schärfste das Eingreifen des Ministers Kamm in ein Verfahren, das nach unserer Auffassung selbst vor neugitigen Ministerpräsidenten, sowie Kultusministern nicht haltmachen darf.“

Neue Kritik an Entnazifizierung

London, 3. Febr. (ap) Das internationale Komitee für das Studium europäischer Fragen wiederholte in einer neuen Erklärung seine Anschuldigung vom 26. Januar, daß die Nazis in Deutschland an Macht gewinnen. Die neue kurze Erklärung wendet sich gegen die Dementierung des Komitee-Berichts über die Nazi-Gefahr in der Welt und fordert erneut eine beschleunigte Entnazifizierung in Deutschland und die Erfassung der Nazi-Guthaben im Ausland.

Truman wünscht neue Dreierkonferenz

Washington, 3. Febr. (dena-Reuter) Präsident Truman erklärte am 1. Februar, er würde sehr erfreut sein, Clement Attlee, den britischen Premierminister, und Marshall Stalin zu einem neuen Treffen der Großen Drei in Washington begrüßen zu können.

Marshall für Neudarlegung des Potsdamer Abkommens

Washington, 3. Febr. (dena-INS) Der amerikanische Außenminister George C. Marshall plant, auf der im März stattfindenden Außenministerkonferenz in Moskau eine nochmalige Darlegung des Potsdamer Abkommens von 1945 zu fordern, wegen der Unfähigkeit, ein die wirtschaftliche Einheit Deutschlands garantierendes Abkommen zu erreichen, zwecks Wiederaufnahme der Besprechungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Korea, und wegen den letzten polnischen Parlamentswahlen. Marshall teilte am 1. Februar der sowjetischen Regierung mit, daß er etwa 100 Berater zu der am 10. März beginnenden Außenministerkonferenz in Moskau mitnehmen werde.

Exportvertrag US-Zone-Norwegen

Berlin, 3. Febr. (ap) Der Verkauf von vier großen Wasserturbinen und Zubehör zum Preise von 430 000 Dollars aus Württemberg-Baden an Norwegen wurde am 31. Jan. abgeschlossen.

Getreide liegt in Bremen fest

Bremen, 3. Febr. (dena) Rund 180 000 to Getreide lagern in der Abteilung „Hafenverkehr“ der US-Militärregierung mitgeteilt wurde, im Augenblick auf Grund der großen Januar-Anlandungen sowie der durch die Kälte, den Kohlen- und Wagon-Mangel bedingten schwierigen Transportlage fest.

KURZ BELEUCHTET

Die Spruchkammer, vor der von Papen für seine traurige Rolle als Wegbereiter des deutschen Untergangs gerade zu stehen hat, zerrt die turbulente Zeit der sterbenden Weimarer Demokratie aus der Vergangenheit. Es erscheinen noch weitere großspürige Namen aus jener Epoche. Oberst von Hindenburg, der keine politische Rolle gespielt haben will und sich an gar nichts mehr erinnert, der aber überall dabei war, wenn es galt, das Recht des Volkes zu dezimieren. Und dann der ausgekochte ehemalige Staatssekretär Meißner, ein überaus tüchtiger Diplomat, der es verstand, drei Männern und damit im Grunde genommen, drei Systemen zu dienen, Ebert, Hindenburg und Hitler. Die traurigen Namen dieser servilen Naturen sind nebenbei bemerkt. Bedeutsam ist nur die Lehre, die aus jener Zeit kompromißlos gezogen werden muß. Damals war der Staat, für den sich doch eine erhebliche Anzahl lauter Männer mit Gesundheit und Leben eingesetzt hatte, in die Hände von politischen Dilettanten, gewissenlosen Hasardeuren, und gerissenen Geldverdienern gekommen, die in Hitler, dem sie genau vor 14 Jahren den Weg zur Macht ebneten, ein gefügiges Werkzeug der Interessen ihrer wirtschaftlichen und feudalen Cliguen sahen. Sie hatten sich getäuscht. Das Spiel und das Schicksal des deutschen Volkes hat ihnen und unserem Volke den Untergang gebracht. Dem Volk allerdings mit der neuen Chance, die für Papen und Konsorten nicht mehr gegeben ist, daß es wieder hochkommen kann. Es hängt alles davon ab, daß von dieser letzten Gelegenheit der geistlichen und seelischen Erneuerung und der radikalen Ueberholung unserer sozialen Verhältnisse, der richtige Gebrauch ohne Rücksicht auf Persönliches gemacht wird. Es hat leider Gottes jetzt schon den Anschein, als ob nicht überall darnach gehandelt würde. W. B.

Die Stimme des Volkes

Von Walter Schwerdtfeger

Der Fall Maier contra Maier und Simpfendorfer ist in seinen Einzelheiten so bekannt, daß sich eine Rekapitulation an dieser Stelle erübrigt. Er nimmt seiner grundsätzlichen hohen Bedeutung wegen das Interesse der Öffentlichkeit in stärkstem Maße in Anspruch. Denn jeder erkennt oder erhofft wenigstens, daß es hier nicht um F. K. Maier, Dr. R. Maier oder W. Simpfendorfer, sondern um das Prinzip einer echten Demokratie geht.

Ob F. K. Maier richtig gehandelt hat oder nicht, entscheidet sich zuletzt nicht aus juristischen, parlamentarischen oder parteipolitischen Erwägungen, sondern aus dem Echo, das sein Vorgehen im Volk gefunden hat. Kein Zweifel, das Volk stimmt in seiner Mehrheit dem abberufenen Stellvertreter öffentlichen Anklägers zu. Warum? Weil man mit untrüglicher Sicherheit empfindet, daß etwas nicht in Ordnung ist. In der Sache sowohl als in der Art, in der sie behandelt wird. Das ist das Problem, das nicht aus der Welt geschafft werden kann. Rechtfertigt man die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, so ist auch die damals zustimmende Freie, so ist auch die kleine P. — sofern er sich nichts Schwerwiegendes zuschulden kommen ließ — entlastet. Dann ist die Demagogisierung als absurdum geführt. Die politische Frage der Entschuldigbarkeit oder nicht Entschuldigbarkeit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz hängt also unlösbar mit dem politischen Befreiungsgesetz und seiner Durchführung zusammen.

Daß Dr. Reinhold Maier und Wilh. Simpfendorfer diesen Zusammenhang nicht erkannt haben sollten, ist schwer zu glauben. Wäre es so, deutete es an einem gleichem Mangel an politischem Weitblick wie ihn die Abberufung Simpfendorfers offenbart, daß er 1933 an nicht mehr als sechs Wochen Nazi-Herrschaft geglaubt habe. Die Frage wäre dann, ob so wenig urteilsfähige Köpfe heute am richtigen Platze sind. Doch das nebenbei. Als die ersten Vorwürfe laut wurden, hätten beide Männer nicht nur sofort die Untersuchung fordern, sondern auch ihre Ämter zum mindesten bis zum Vorliegen des Ergebnisses zur Verfügung stellen müssen. Das wäre die menschlich und politisch richtige Reaktion gewesen. Es geschah nicht und man hat den Eindruck, daß sie auch nicht gerade auf ein schnelles Arbeiten des Untersuchungsausschusses gedrängt haben. Es scheint, als habe man sich darauf verlassen, daß die Kommission zu einem entlastenden Urteil kommen werde — ja, kommen müsse, da sie ja aus den Mitgliedern der Parteien gebildet war, die im Wege des „Kuhhandels“ den Ministerpräsidenten und den Kultusminister wählten. Es kam der Angriff F. K. Maiers — gewiß nicht aus journalistischem Sensationsbedürfnis, sondern aus dem Bedürfnis nach einer einwandfreien Situationsklärung. Mit unbesorgtem Erwarten eines Kommissionsberichts war es plötzlich vorbei, die Beschuldigten und die Parteien, die sie auf ihre Posten berufen hatten, überließen sich dem Schicksal. Seitdem erleben wir neue Angriffe, neue Verteidigung und sehen uns einer Schlacht gegenüber, die auf alle Fälle blutige ist. Es mag sein, daß F. K. Maier formal seine Kompetenzen überschritten hat, das wird festgestellt werden. Worauf es jetzt ankommt ist, ob er in der Sache recht hat oder wie weit er recht hat oder ob er im Unrecht ist. Wie gesagt, die Mehrheit der Öffentlichkeit stimmt seinen Argumenten zu, die Verteidigung der Angegriffenen findet weniger Beifall, diplomatisch ausgedrückt. Bei allem Willen zur Objektivität: die Abwehr der Angriffe ist nicht so überzeugend. Obwohl damals 300 gestreckte Nazis und Göring anwesend waren, der kurz vorher den Reichstag hatte anzünden lassen, stimmte die SPD nicht für das Ermächtigungsgesetz. Und gerade, daß der damalige Abgeordnete Dr. Reinhold Maier wohl auch das Richtige über die Reichstagsbrand gewußt haben dürfte, hätte ihn ganz besonders davor zurückschrecken lassen sollen, Hitler die Ermächtigung zu geben, die in Art. 1 die wesentlichen Grundrechte rechtlos machte, die in Art. 2 besagte, die von der Reichsregierung (also der Hitler-Regierung) beschlossenen Reichsgesetze „können von der Verfassung abweichend“ erlassen werden. Daß man sich auf das Ausland beruft, weil es Hitler anerkannt habe, ist ein schwächlicher Einwand. Das Ausland hatte kein Recht, eine vom deutschen Volk gewählte Regierung abzulehnen, es hatte umso weniger Anlaß dazu, als Hitler die Ermächtigung gewählt. Die Verfassung des deutschen Volkes erhielt. Daß es auch der damalige Staatspräsident Maier tat, trug dazu bei, Hitler im Ausland Kredit zu geben. Wie steht's mit dem Einwand, daß bei der Landtagswahl die Wähler Dr. Reinhold Maier und Wilh. Simpfendorfer das Vertrauen ausgesprochen hätten? Wir wählen nach dem geltenden System die Parteien, die die Nominierung der Kandidaten für die Ministerposten hat der Wähler keinen Einfluß. Und die Zustimmung der beiden Genannten zum Ermächtigungsgesetz war im November 1946 den meisten der Wähler wohl nicht bekannt. Nein, die Verteidigung läßt zu wünschen übrig. Übersehen wurde sie zu sehr mit Dingen verknüpft, die nicht zur Sache gehören. Ein Ausspruch übrigens, daß ein ehrlicher Nazi einem Demokraten wie F. K. Maier vorzuziehen sei, ist empörend. Gerade der verheerliche Nazi war das Werkzeug, mit dem Hitler sein verbrecherisches Werk tat. Die Vorwürfe, die gegen Wilh. Simpfendorfer als Hohenheim bei der NSDAP erhoben wurden, hatten noch der Widerlegung, desgleichen die Beschuldigungen, die F. K. Maier gegen Minister Kamm bzw. gegen Praktiken seines Ministeriums erhob. Sie sind zu ernst, als daß sie übergangen werden könnten und wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihre zweifelsfreie Widerlegung erfolgen wird.

Die Angelegenheit ist seit ihrem Akutwerden alles andere denn glücklich gehandhabt worden. Mußte der Stuttgarter öffentliche Ankläger sofort amtsgebunden und damit — gewiß unbeabsichtigt — der Eindruck erweckt werden, man wolle die amtierenden Minister unbedingt als tabu betrachten? Es hätte ein anderer Weg eingeschlagen werden können, die Amtsenthebung war der Sache nicht dienlich und politisch kaum eine kluge Handlung.

Aber noch eines: Es geht ja nicht darum, ob nicht jemand aus guter Absicht 1933 für das Ermächtigungsgesetz stimmen konnte. Es geht darum, daß solche gute Absicht aus unzureichender politischer Klarheit in der Beurteilung des politischen Gegners stammte. Es war falsch gehandelt, die Konsequenz muß getragen werden von denen, die so handelten, denn die Folgen ihres Handelns müßten wir alle tragen. Daß Hitler auch ohne die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz die Gewalt an sich gerissen hätte und es daher im Grunde genommen wenig bedeute, ob einer zustimmte oder nicht, ist kein stichhaltiger Einwand. Denn die dem Ermächtigungsgesetz zustimmenden gaben Hitler eine Rechtsgrundlage, sie ermöglichen ihm also eine Maskerade. Ohne diese Ermächtigung aber wäre er gesungen gewesen, sofort sein wahres Gesicht zu zeigen. Es geht bei der Anklage also um eine Schuld. Und auch wer trotz guter Absicht und ungenügendem Erkenntnisvermögen in Schuld gerät, muß für sie gerade stehen. Wie man das zu Recht auch von dem ohne schlechte Absicht in die NSDAP eingetretenen kleinen P. verlangen.

Es geht ferner nicht darum, daß sich ein Mensch auch irren kann, sondern darum, ob er trotz eines sehr schwerwiegenden politischen Irrtums geeignet ist, im neuen Deutschland an einer führenden Stelle zu stehen.

Solch schweren Irrtum begangen zu haben, bedeutet in der praktischen Wirkung dem Nazismus den Boden gebrochen zu haben. Das Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus erstreckt sich nicht nur auf das eingetretene Parteimitglied, sondern auf jeden eben, der

Leserstimmen zum Fall Maier-Simpfendorfer

Eine Fülle von Leserzustufen, die auf unsere Bitte zum Fall F. K. Maier contra Dr. Reinhold Maier und Wilhelm Simpfendorfer eingingen, beweist erfreuliche politische Aufgeschlossenheit und Interessiertheit der Öffentlichkeit. Die Bedeutung des in Frage stehenden Problems ist erkannt, von dem demokratischen Recht der freien Meinungsäußerung in positiver Weise Gebrauch gemacht worden.

Die ungewöhnlich große Zahl der Stellungnahmen und der verfügbare nur knappe Raum zwingen zu einer aussageversicheren Wiedergabe, wofür wir das Verständnis der Einsender erbiten. Es wurde versucht, aus den Eingängen die wesentlichen und die verschiedenartigen Argumentationen hervorzuheben, wobei aus übereinstimmenden Arbeiten, soweit sie für die Leserleser formulierten ausgewählt wurden. Im Ganzen ergeben die Zuschriften unserer Leser einen anschaulichen Querschnitt durch die öffentliche Meinung, kurz: die Stimme des Volkes.

Vox populi, vox Dei — Volkes Stimme ist Gottes Stimme, sagt ein lateinisches Sprichwort. Diese Stimme zu vernehmen, dürfte den Verantwortlichen in der augenblicklichen Krise willkommen, auf sie zu hören, ihnen von hohem Nutzen sein.

Die Schriftleitung

„Politische Fehler, nicht politische Schuld“
Herr O. H., Karlsruhe, führt u. a. aus:
„Die Vorgänge im Ministerium für politische Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus in Stuttgart, werden ein merkwürdiges aber beachtendes Licht auf das Gesamtproblem der Entnazifizierung in Württemberg-Baden einerseits, und dem Spiel der Kompetenzen andererseits. Man hat den Eindruck, daß das Ministerium Kamm nicht nach genau umrissenen Richtlinien arbeitet, sondern sich in Freieren und Schiefern zur Bewältigung einer so schwierigen Aufgabe unbedingt erforderliche gegenseitige Vertrauen fehlt.“

Vom politischen Standpunkt gesehen, ist das Anschnelden der „Ermächtigungsgesetzschuldfrage“ insofern interessant, als man sich wenn man den Rahmen der Schuldfrage zu weit ausdehnt, die Tatsache ergibt, daß kaum noch innerhalb des deutschen Volkes jemand anzutreffen ist, der als entlastet oder nicht betroffen bezeichnet werden kann.

Weder Dr. Maier noch Wilhelm Simpfendorfer haben wohl damals gehandelt, weit ungeheuerliche Verbrechen der bayrische Gefreite aus dem mährischen Oesterreich am deutschen Volke und der Welt gehen würde. Das Ermächtigungsgesetz war ohne Zweifel ein großer politischer Fehler, aber unter Berücksichtigung der damaligen Verhältnisse, keine politische Schuld.

Der Zwischenfall Maier gegen Maier läßt jedoch erkennen, daß hier politische Kräfte am Werke sind, einen Grenzfall zu schaffen, um entweder das Entnazifizierungsverfahren zu scheitern zu bringen, oder den Ministerpräsidentenposten zur Neubesetzung freizumachen. Dies dürfte das Primäre der Angelegenheit sein, während die Schuldfrage nur sekundär interessiert.

Doch wie dem auch sei. Eines steht fest. Wenn Parteien ihre führenden Männer dem Landtag präsentieren, dann sollen diese nicht nur den parteipolitischen Belangen entsprechen, sondern auch durch ihre Haltung während den letzten 12 Jahren bewiesen haben, daß sie dem Nationalsozialismus aktiven Widerstand leisteten und ihr „Gegengewicht“ auf dem politischen Felde gegen den Nazismus“ auch irgendwie bemerkbar wurden. Dann können sich derartige Zwischenfälle, die dem ohnedies schon stark ramponierten deutschen Ansehen der Ankläger zuzufügen, nicht mehr vorkommen, und dem deutschen Volke bleibe eine verlängerte politische Lehrzeit erspart.“

„Weberleitet des 3. Reiches“
Herr P. G., Karlsruhe, schreibt u. a.:
„Der Anklage wird eine Frage aufgeworfen, die den Betreffenden peinlich ist, deren Entscheidung aber der Entwicklung einer wahrhaften Demokratie nur dienlich sein kann. General Eisenhower stellte nach seiner Rückkehr nach Amerika fest: „Es ist verständlich, daß heute in Deutschland gerade die Männer wieder die Regierungsgeschäfte leiten, die 1933 so gründlich versagt haben. Diese Tatsache läßt sich nur mit der politischen Unreife des deutschen Volkes erklären.“ So denken aber bestimmt auch Millionen des deutschen Volkes.“

Es wurden Männer berufen, die „politische Erfahrung“ besaßen. Für diese „Erfahrung“ büßt heute das deutsche Volk. Sie gehen selbst zu, daß sie die Machtübernahme unmittelbar ermöglicht haben in dem irrgen Glauben, Hitler habe nach kurzer Zeit abgeworfene Millionen des Volkes kannten den Nationalsozialismus damals doch besser, als ihre Führer.

Nicht das Volk hatte versagt, sondern seine Führer. Die „politische Erfahrung“ ist also heute entsprechend zu bewerten hat eine Frage aufgeworfen, die den Betreffenden peinlich ist, deren Entscheidung aber der Entwicklung einer wahrhaften Demokratie nur dienlich sein kann. General Eisenhower stellte nach seiner Rückkehr nach Amerika fest: „Es ist verständlich, daß heute in Deutschland gerade die Männer wieder die Regierungsgeschäfte leiten, die 1933 so gründlich versagt haben. Diese Tatsache läßt sich nur mit der politischen Unreife des deutschen Volkes erklären.“ So denken aber bestimmt auch Millionen des deutschen Volkes.“

„Ein demagogisches Manöver“
Herr S. St., Karlsruhe, führt u. a. folgendes aus:
„Die Bestimmung der öffentlichen Ankläger der Stuttgarter Spruchkammer, F. K. Maier, ist ein raffiniert angelegtes und geschickt durchgeführtes demagogisches Manöver mit dem Ziel — Verwirrung, Unsicherheit und politischen Klassenhaß in die Bevölkerung hineinzutragen.“

Das Vorgehen ist ungesetzlich, weil es gegen die Bestimmungen der Weimarer Verfassung, sowie der neuen württembergisch-badischen Verfassung verstößt.

Es müßte daher vor einem derartigen Schritt erst die rechtliche Lage der höchsten richterlichen Entscheidung dahin geklärt werden, ob die diesbezügliche Festlegung in der Verfassung zu Recht besteht, trotzdem sie durch die Volksabstimmung anerkannt und von der amerikanischen Militärregierung genehmigt ist.

Aber auch dann könnte das Urteil nach bestehender Rechtsauffassung keine rückwirkende Kraft haben, es sei denn, man wolle zum pseudorechtlichen Zustand des Hitlerregimes zurückkehren.

Mit Aufhebung dieser Spitzfindigkeit würde allerdings die Gewissensfreiheit des Abgeordneten in völlig demokratischer Weise beeinträchtigt und der Willkür jeweiliger politischer Mehrheiten Tür und Tor geöffnet werden.

Sachlich ist festzustellen, daß es eine bewusste Irreführung demagogischen Formats ist zu behaupten, die in Frage kommenden Abgeordneten hätten durch Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. 3. 33 ihren Wählern ein Beispiel gegeben. In Wirklichkeit hat das deutsche Volk bereits am 5. 1. 1933 Hitler und seinen Erbannten durch ihre Stimmabgabe zur absoluten Mehrheit im Reichstag verholfen und damit seine bisherigen Abgeordneten entmachtet. Es ist durchaus glaubhaft und kann von den damaligen Parteifreunden bestätigt werden, daß diese Männer sich vor ihrem Gewissen verpflichtet fühlten, auch unter erschwerten Bedingungen nicht die Flinte ins Korn zu werfen.

Die demagogische Spitzfindigkeit der Anklage tritt deutlich zu Tage, wenn man die Gegenfrage aufstellt, warum denn die fiktiven Wähler, die sich so nach dem Beispiel ihrer Abgeordneten gerichtet hätten, nicht auch weiterhin dem Beispiel von Dr. R. Maier und W. Simpfendorfer gefolgt sind und sich von der NS-Partei und ihren Gliederungen ferngehalten haben?

Woher nimmt F. K. Maier die Aktivlegitimation, als Advokat Diaboli für die ehemaligen Wähler des christlich-sozialen Volkendienstes, zu dem er bestimmt nicht die geringsten Beziehungen hatte, aufzutreten?

Wie kommt er zu der unbewiesbaren Behauptung, daß sie dem Nazismus zum Opfer gefallen sind, während doch historisch feststehende Tatsache ist, daß gerade diese durch den Volksdienst politisch anerkannten evangelischen Christen dem Hitlerismus in der Bekennenden Kirche und auch sonst bei jeder Gelegenheit den entschiedensten Widerstand geleistet haben?

„Hochachtung vor diesem öffentlichen Ankläger“
Herr H. G., Karlsruhe, schreibt u. a.:
„Ich begrüße Ihre Anregung, Ihre Leser sich zu obigem Problem zu äußern: Deckt ein Kriminal oder Detektiv ein Verbrechen auf, so wird er belobt — ein öffentlicher Ankläger amtsgebunden. Hochachtung vor diesem öffentlichen Ankläger, der vor dem Wespennest nicht zurückgeschreckte. Braucht man sich über die Feststellungen der alliierten Kommissionen über unser armes Deutschland zu wundern?“

„Das Volk erwartet Auskunfts bis ins kleinste“
Herr E. R., Karlsruhe, sagt:
„Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der öffentliche Ankläger der Spruchkammer Stuttgart voll- und berechtigt war, gegen beide Herren Anklage zu erheben, da sie sich schuldig gemacht haben. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, den Nationalsozialismus an die Macht zu bringen, indem sie für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben. Ihr Einwand, als Gegengewicht wirken zu können, ist, Unsinn. Hätten sie das getan, so wären sie bestimmt mit dem Konzentrationslager in Verbindung gekommen. Wollte man sie sich keine Verbrechen zuschulden kommen lassen, ebenfalls freisprechen.“

„Zustimmung aller aufrechten Demokraten“
Herr X. K., Karlsruhe, schreibt u. a.:
„Die Handlungweise von Franz Karl Maier ist eine nicht hoch genug einzuschätzende Tat, sowohl dem deutschen Volke, wie der Weltöffentlichkeit gegenüber. Franz Karl Maier hat damit bewiesen, daß es in Deutschland Männer gibt, die

1933 für das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben, kann man keinerlei Schlüsse auf ihre politische Einstellung ziehen. Wenn die beiden Herren dennoch keine Pgs wurden, so spricht das vielmehr für ihre mutige Abweisung des Naziregimes.“

Das Verhalten des Rechtsanwaltes K. F. Maier ist geeignet, die so notwendige Konsolidierung unserer Verhältnisse zu erschweren. Herr Minister Kamm hat vollständig recht, wenn er verlangt, daß in Fragen von so prinzipieller Bedeutung vor öffentlichen Schritten mit ihm Rücksprache genommen wird.“

„Abtreten — und sollte es aus „Gesundheitsrückwärts“ erfolgen“
Herr H. Sch., Karlsruhe, schreibt u. a.:
„Hut ab vor dem öffentlichen Kläger F. K. Maier, der zu unternehmen wagte, was viele längst als notwendig empfanden. Erstaunlich ist, daß die Betroffenen in einer solchen Weise sich zur Wehr setzen. Besser wäre doch: Abtreten, und sollte es aus Gesundheitsrückwärts“ erfolgen. Denn auch ein Untersuchungsausschuß wird bei der breiten Masse des Volkes weder einen R. Maier noch einen Simpfendorfer zu rehabilitieren vermögen. Und es scheint auch für Minister Kamm jetzt die Zeit gekommen, wo er endlich sein letztes Rücktrittsgesuch einreichen sollte. Eine Amtsenthebung des F. K. Maier wird niemals dem unverdienten Rechtsempfinden eines gewöhnlichen Sterblichen entsprechen können. — Wenn schon parlamentarische Untersuchungsausschüsse, dann einmal einen energischen solchen, der Millionen kleinen Leuten dazu verhilft, daß endlich das längst versprochene Sozialversicherungsrecht, das Betriebsrätegesetz u. a. sehr wichtige Gesetze das Licht der Welt erblicken.“

„... nur Formalitäten streiten, um das Kernproblem zu umgehen“
Herr J. A., Bretten, sagt u. a.:
„Selbst, wenn der öffentliche Ankläger F. K. Maier nicht ganz nach dem gesetzlichen Grundlagen gehandelt hätte, so dürfte dies meiner Ansicht nach nicht von entscheidender Bedeutung sein. Wesentlich ist vielmehr, daß sich der Ministerpräsident, wie alle anderen, dem Spruch der Spruchkammer unterwirft, denn dadurch wird er sich zeigen, ob er belastet ist oder nicht. Es hat hier den Anschein, als wolle man sich um Formalitäten streiten, um das Kernproblem zu umgehen. Um so besser für Dr. Maier, wenn ihn die Demokratie ist in schlechten Händen.“

„Die Demokratie ist in schlechten Händen“
Herr K. D., Karlsruhe, führt aus:
„Die Argumente, die Herr Dr. Reinhold Maier anführt, sind für aufrechte Demokraten in keiner Weise stichhaltig. Für sie gibt es nur eine Erklärung für das Verhalten dieser Leute im Reichstag 1933 — sie haben versagt.“ Es gab 1933 auch Reichstagsabgeordnete, die nicht für das Ermächtigungsgesetz stimmten, sie mußten das allerdings in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern abtun. Sie wären aber heute bestimmt würdigere Repräsentanten des demokratischen Deutschlands, wie das die Versager von 1933 waren.“

Wenn die Untersuchungskommission nicht wieder kühnhandelt, sondern objektiv die Angelegenheit prüfen müßte sie zu dem gleichen Ergebnis kommen. Es war nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des öffentlichen Klägers, diese Angelegenheit aufzugreifen. Minister Kamm hat unserem demokratischen Aufbau einen schlechten Dienst erwiesen. Das Vertrauen zu unserer Regierung hat durch die Amtsenthebung des öffentlichen Klägers in Stuttgart einen schweren Schlag erhalten. Alles in allem: Die Demokratie ist in schlechten Händen.“

„... Folgen ihres eigenen Versagens“
Herr B. N., Karlsruhe, sagt u. a.:
„Die Herren, die heute Anspruch auf Ministerposten erheben, weil sie damals angeblich schon

den Nazistat „das blindlings folgen“, auch heute nicht mitmachen. Er hat damit die Zustimmung aller aufrechten Demokraten, für seine Tat: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“, hat Franz Karl Maier die Hilfe und Unterstützung aller Antifaschisten.“

Dr. Reinhold Maier hat einem Brandstifter, der nationale Werte zerstört hat (Reichstagsbrandstifter), die Ermächtigung gegeben, ungehindert sein Zerstörungswerk weiter treiben zu können.

Der Untersuchungsausschuß des Landtages ist in der Bestimmung der öffentlichen Ankläger der Stuttgarter Spruchkammer, F. K. Maier, ist ein raffiniert angelegtes und geschickt durchgeführtes demagogisches Manöver mit dem Ziel — Verwirrung, Unsicherheit und politischen Klassenhaß in die Bevölkerung hineinzutragen.“

„Entweder send's keine richtige Schwoba, oder sie wart an 33 no net vierge!“
abanten, was der Nationalsozialismus bringt, haben doch durch ihr Verhalten die politisch ungeschulte Volksmasse ins Schwanken gebracht und tragen dazu die Hauptschuld an den Folgen ihres eigenen Versagens.“

Solange wir nicht einmal die paar Ministerposten mit Männern besetzen können, denen der gerechteste öffentliche Kläger nicht am Zeug haken kann, wird man kein Vertrauen auf eine bessere Zukunft gewinnen können, und die Besatzungsmächte haben recht, daß wir uns selbst nicht regieren können.“

„Der Wähler gab seine Stimme lediglich für das „Faschismus““
Herr W. B., Durlach, stellt u. a. fest:
„Die Tatsache, daß sie als Vertreter des deutschen Volkes für das Ermächtigungsgesetz stimmten, damit den Nazis auf legalem Wege die unbeschränkte Macht übergeben und den Verfassungbruch zuließen, begründet die Rechtmäßigkeit der Anklage. Wo bleibt die Verantwortung, wenn sie hier nicht gelten soll? Simpfendorfer hat sich zudem propagandistisch für die NSDAP eingesetzt.“

„Wenn der Wähler das gewußt hätte“
Bei der Verteidigung des Kultusministers Simpfendorfer ist zum wenigsten zu entnehmen, daß Politiker von solchem Format — die ernstlich geglaubt haben, daß die Nazis sich in einigen Wochen totlaufen würden — sich total als unfähig erwiesen haben und in der heutigen Politik diesen Politikern jüdischen Gestalt, das ist richtig hat der Ankläger Karl Maier betont, daß es natürlich vom Standpunkt des Ministers Kamm sehr erwünscht ist, wenn solche aufrechten Männer wie er, als Ankläger, keinen Einblick mehr in den fahrenden Minister haben, wenn er bekümmert, es wäre zu bedauern, wenn ein solcher Mann nicht an dieser verantwortungsvollen Stelle bleiben würde. Die Besatzungsmächte werden ja diese Sache aufmerksam verfolgen und auch behalten, weshalb in Deutschland diese sogenannte Reinigung so schwer ist, nachdem es zeigt, daß ungeheuer viele Menschen äußerlich oder innerlich belastet sind und dadurch für die anderen Belasteten eine verständliche Milde zeigen. Nach meiner Ansicht kann der Abgeordnete, der 1933 für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, sich selbst im Innern nicht vollkommen freisprechen.“

„Ich stehe auf dem Standpunkt des öffentlichen Anklägers“
Herr W. W., Karlsruhe, schreibt:
„Dr. Reinhold Maier und Wilhelm Simpfendorfer stimmten 1933 für das Ermächtigungsgesetz, daher haben auch beide Herren aus ihrem Handeln die Folgen zu ziehen. Die Geltendmachung, daß dieselben auf politischem Felde als Gegengewicht gegenüber dem Nazismus wirken wollen, halte ich gerade für verlogen, als wenn Nazis vor den Spruchkammern nicht schon in der Vergangenheit republikanisches Staatswesen begründet.“

„Recht muß Recht bleiben“
Herr O. W., Karlsruhe, schreibt u. a.:
„Recht muß Recht bleiben.“ Im Volk erhält sich hartnäckig die Meinung, daß auch in der Entnazifizierung zweierlei Maß angewendet wird. Was auch Wahres daran sei, wir müssen dieses Problem grundsätzlich klären, um so raschmöglichst einen inneren Befriedigung zu kommen, auch zu einem äußeren Frieden zu kommen. Wenn wir im Volk wirklich Vertrauen erwecken wollen, dann müssen in die Führerstellen nicht nur „anerkannte Größen“, sondern Männer, die nach ihrer Vergangenheit Gewähr bieten, daß wir besonders wertvoll demokratisch-republikanisches Staatswesen begründen.“

„In keiner Weise eine Entschuldigung“
Herr O. W., Karlsruhe, sagt u. a.:
„Mit den von dem öffentlichen Ankläger der Stuttgarter Spruchkammer im Rundfunk gemachten Ausführungen gehe ich voll und ganz einig. Die von Dr. R. Maier im Rundfunk angeführten Argumente dürften meines Erachtens nicht stichhaltig genug sein, um sich dieser peinlichen Situation ohne weiteres entziehen zu können. Wenn er als Politiker glaubte, daß ein System wie das des Reiches, nur von kurzfristiger Dauer sein werde, ist dies besonders bedauerlich, und damit keiner Weise eine Entschuldigung dafür, aus diesem Grund einem Ermächtigungsgesetz zuzustimmen. Ich würde mich, wenn es sich wirklich nur um einen Fehler, den Dr. R. Maier bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz begangen hat, scheuen, schweigend von der politischen Laufbahn zurückziehen. Kann der kleine Mann, wenn er vor die Spruchkammer kommt, ähnliche Argumente zu seiner Entlastung beibringen und wie werden solche dort gewertet?“

„Sämtliche Beteiligten sind befangen“
Herr J. L., Durlach, schreibt u. a.:
„Sie haben die Freiheit und die Verantwortung vor, die beide in Wirklichkeit noch gar nicht vorhanden sind. Im übrigen sind die Erklärungen der Parteien reichlich lau und verzeihen, die in hohem Maße über Paragrafen und Verordnungen, die nie wohl zur Anwendung kommen könnten. Ist gesunder Menschenverstand auf der Bühne der Politik nicht beliebt?“

„Sämtliche Beteiligten sind befangen“
Herr J. L., Durlach, schreibt u. a.:
„Sie haben die Freiheit und die Verantwortung vor, die beide in Wirklichkeit noch gar nicht vorhanden sind. Im übrigen sind die Erklärungen der Parteien reichlich lau und verzeihen, die in hohem Maße über Paragrafen und Verordnungen, die nie wohl zur Anwendung kommen könnten. Ist gesunder Menschenverstand auf der Bühne der Politik nicht beliebt?“

„Wie der Fall heute liegt...“
Herr F. U., Karlsruhe, meint:
„Nach meiner Ansicht hätte sich dieser Konflikt nicht so zugespitzt, wenn Ministerpräsident Dr. Maier und Minister Simpfendorfer, sobald sie erfahren hatten, daß ihre Haltung zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 in der Öffentlichkeit Anstoß erregt hat, bezu als direkte Unterstützung und Förderung der Ziele der NSDAP aufgefaßt wurde, sich entschlossen hätten, sofort zurückzutreten und alles Weitere abzuwarten. Wie der Fall heute liegt, glaubt die Öffentlichkeit, daß beide Herren an ihren hohen Ämtern kleben. Das schadet sowohl ihrem persönlichen Ansehen als auch dem Ansehen der politischen Parteien. Heute ist es für den Rücktritt schon sehr spät, aber vielleicht doch noch nicht zu spät.“

„Empfindliche Belastungsproben“
Herr E. H., Bruchsal, schreibt u. a.:
„Diese Angelegenheit hat zu und für sich, obwohl zu einem außenpolitisch ungünstigen Mo-



Ha no, ha no!



Meditation

DE WIRTSCHAFT

Ausfuhrplanung und Außenhandel

Von Eduard Gumbel, komm. Beauftragter für Interzonen- u. Außenhandel, Stuttgart

Wie bereits gemeldet wurde, hat OMGUS mit der United States Commercial Company Verhandlungen abgeschlossen, welche die Gewährung eines Rohstoffkredit in Höhe von 7,750 Mill. Dollar durch die Reconstruction Finance Corporation zum Gegenstand haben. Dieser Kredit soll gegenbehalten nach vor Ablauf des ersten Halbjahres 1947 zur Verfügung gestellt werden. Deren Ergebnisse kurzfristig auf den Auslandsmärkten abgesetzt werden können. Die Exportgewinne sollen der Finanzierung von Lebensmittelfuhr dienen.

Die Industrie der US-Zone für die Produktion der dem OMGUS zur Ausführung angebotenen Güter darauf angewiesen, auf alte Bestände früher eingeführter Rohstoffe zurückzugreifen. Es konnte aber nur ein einmütige beständiger Geschäftshandeln, mittels derer die Exportindustrie ihren Willen zum Auslandsgeschäft bekunden konnte.

Dieser erste Rohstoffkredit erscheint zwar, an dem geplanten zukünftigen Exportvolumen gemessen, beschränkt. Aber er gibt der Industrie der US-Zone die Möglichkeit, den Grundstein für den Wieder- und Ausbau eines regulären Außenhandels zu legen. Die vollen Anstrengungen der Industrie und der Außenhandelsorganisation der US-Zone sollten deren Bestreben gelten, den durch die Gewährung dieses Rohstoffkredit bezeugten Vertrauensbeweis der amerikanischen Regierungsmacht durch zweckmäßigste Ausnutzung des Kredites zu reaktivieren.

Es ist verständlich, daß unter den in Deutschland obwaltenden Verhältnissen Rohstoffkredite nur dann gewährt werden, wenn die damit verfolgte Absicht auch in allen Teilen erreichbar wird. OMGUS benötigt daher verbindliche Erklärungen der Wirtschaft über den Rohstoffbedarf, die Verwendung und Verarbeitung dieser Rohstoffe, ferner über Menge und Art der anzubietenden Rohstoffe. Außerdem muß gewährleistet sein, daß die Rohstoffe durch die Wirtschaft, einheimische Roh- und Hilfsstoffe, Energien und Fabrikationseinrichtungen in dem Umfang und der Beschaffenheit in keinem Fall überfordert werden. Die Einräumung von erstrangigen Prioritäten für die mittels dieser Rohstoffkredite in Gang zu setzenden Exportproduktionen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Kredites. Eine bis ins einzelne gegangene Programmierung ist somit erforderlich. Die deutschen Behörden sind für die Richtigkeit und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Schon in den zu Beginn des Jahres 1946 erlassenen Weisungen des OMGUS für den Außenhandel der US-Zone war die Aufgabe und die ordnungsgemäße Durchführung der Programme verantwortlich.

Offizielle und nicht offizielle Währungsparitäten

Die amtliche Dollarparität des englischen Pfundes ist 4,84 Dollar, aber tatsächlich wurde das Pfund im Januar 1946 mit 3,- im Juni 1946 mit 3,25, und im Dezember mit 3,30 gehandelt.

Ein Dollar ist gleich 41 belgische Franken, aber die Belgier waren gezwungen, im Januar 90, im Juni 100 und noch im Dezember 76 Franken für den Dollar zu bezahlen.

Schließlich schreibt der amtliche Kurs in Rußland den Preis von 5,30 Rubel pro Dollar vor, aber auch dort notiert der Dollar im Schwarzhandel 25 Rubel.

Dagegen ist der Dollar in der Schweiz von 3,60 Franken im Januar 1946 auf 3,69 Franken im Juni und auf 3,90 Franken im Dezember gestiegen, während der amtliche Preis hier höher, nämlich auf 4,20 Franken notiert.

Was endlich Frankreich betrifft, so ist der Dollar Kurs, der am 1. März 1946 bei 275 im Januar 1946 Juni auf 269 Franken im Dezember wieder auf 360 zu steigen. Erst seit den Maßnahmen Léon Blums und seiner Regierung ist der Dollar Kurs der schwarzen Börse wieder etwas zurückgegangen, so daß er jetzt im Januar sich um 315 Franken bewegt. (ap)

Interzonenhandel und Auslandsgeschäft zur Leipziger Messe

Wie die erste Leipziger Friedensmesse im Mai vorigen Jahres, so will auch die Leipziger Messe im Frühjahr 1947 den Interzonenhandel und das Geschäft mit dem Ausland dienen. Es ist Vorsorge getroffen, daß sich die zahlreichen Verbindungen, die die kommende Messe zwischen den Interzonen herbeiführen wird, auch in tatsächliche Geschäfte umsetzen lassen. So ist zu erwarten, daß sowohl die Interzonen, als auch für das Auslandsgeschäft mit zahlreichen Waren von den maßgebenden Stellen besondere Messekontingente bereitgestellt werden. Überdies werden im „Messediens“ des Leipziger Messenämtes die für das Interzonengeschäft und Auslandsgeschäft zuständigen Behörden mit Sachbearbeitern besetzte Auskunftsstellen eingerichtet, damit nach Möglichkeit bereits während der Messe die Geschäfte der erwähnten Art zum Abschluß gebracht werden können.

Zur Leipziger Frühjahrsmesse. Die Annahme von Anträgen zur Teilnahme an der Leipziger Frühjahrsmesse ist bis zum 1. Februar gesperrt. Als rechtlich ist die Teilnahme an der Messe, die auf den offiziellen, von der Industrie- und Handelskammer München ausgegebenen roten und grünen Messeformularen bis zum 15. Januar einschließlich eingereicht werden können.

Rund 5000 Aussteller in Leipzig. Für die Leipziger Messe im Frühjahr 1947, vom 4.-9. März, haben sich bisher 4918 Ausstellerfirmen angemeldet gegenüber 271 im Mai 1946. 3614 Ausstellerfirmen stammen aus der britischen, 689 aus der amerikanischen und 92 aus der französischen Zone.

Gewerbliche Genossenschaften tagten. Die wirtschaftliche Vereinigung der amerikanischen und britischen Zonen Deutschlands war der unmittelbare Anlaß der Tagung der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Die beteiligte Industrie hat ferner nach Zulassung des genossenschaftlichen Auslandsverkehrs die Möglichkeit der Interzonen- und Zentralklassen des gewerblichen Genossenschaftswesens der beiden Zonen am 16. Januar 1947 in Frankfurt am Main. Die Beratungen erstreckten sich auf die Geschäftsverhältnisse der Interzonen, im Mittelpunkt der für das genossenschaftliche Genossenschaftswesen bedeutsamen Tagung stand ein Vortrag von Ministerialrat Dr. Pfeleiderer-Stuttgart zum Finanzministerium, Württemberg-Baden über geldwirtschaftliche Tagesfragen. Den Prüfungsverbänden in der amerikanischen und britischen Zone sind rund 1500 Waren genossenschaften und rund 500 in der französischen Zone. Damit wird zum ersten Male nach Kriegsende die Kontinuität der Produktion ermöglicht werden.

Ersten Export-Kontrakt abgeschlossen

Der erste von dem neugebildeten Zweizonen-Export-Importamt in Minden abgeschlossene Export-Kontrakt ist für amerikanischen und britischen Beamten gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten des Landes genehmigt worden.

Die industrielle Produktion der US-Zone Deutschlands ist im Vergleich mit der Durchschnittproduktion des Jahres 1938. Im Nov. 1946 hatte die Industrieproduktion noch einen Stand von 44% gegenüber den Vergleichszahlen des Jahres 1938 erreicht. (dena)

Keine Stilllegung in der Stahlindustrie. Von britischer Seite wurde auf einer Pressekonferenz erklärt, daß im Jahre 1947 voraussichtlich keine Stilllegungen in der Stahlindustrie in der britischen Zone erfolgen werden. Erstere werde eine Produktionssteigerung im Augenblick arbeite man an einem Ausgleich der zwischen Herstellungs- und Verkaufspreisen klaffenden Differenz. (WID)

Steuern und Zölle. Die britische Zone 1946. Nach den jetzt vorliegenden Ermittlungen der North German Coal Control behält sich die Steinkohlenförderung der brit. Zone 1946 auf insgesamt 53,95 Mill. t (zum Vergleich 1938: 137 Mill. t). Die Erzeugung von Steinkohlenproduktion auf 9,00 Mill. t, die Braunkohlenförderung auf 47,41 Mill. t, während die Erzeugung von Braunkohlenbriketts sich auf 10,32 Mill. t belief.

Eine weitere Zunahme der Bergarbeiterbelegschaft im Dezember 1947 im arbeitsfähigen Durchschnitt 201.100 (gegenüber 1946: 183.000), wovon 151.468 (153.000) auf die Untertage- und 49.632 (49.447) auf die Obertagebelegschaft entfielen. Der Anteil der Frauen hat sich im Dezember erstmalig wieder auf 18,4 Prozent erhöht. Die Leistung je Mann und Schicht blieb im Dezember mit 1,23 (1,21) t der Untertagearbeiter und mit 0,94 (0,93) t der Obertagearbeiter gegenüber dem Vormonat fast unverändert. (WID)

Der Kohlenexport im Dezember. Der Gesamtkohlenexport erreichte im 5-Wochen-Zeitraum des Monats Dezember 781.990 (715.600) t. Von dieser Gesamtmenge entfielen 70 Prozent beziehungsweise 547.000 t einchl. Nordafrika 112.943 (84.000) t, Luxemburg 102.738 (107.781) t, Holland 86.639 (87.655) t, Dänemark 77.307 (71.999) t, Belgien 64.409 (69.874) t und Italien 62.444 (61.413) t. Der Rest wurde nach Frankreich, der Schweiz, nach Schweden, Finnland, Griechenland, Portugal und Jugoslawien. (WID)

Die Leistungen des Saarhohebergbaues konnten innerhalb eines Jahres verdoppelt werden und erreichten gegenwärtig eine Tagesproduktion von fast 35.000 t. Die Produktion der französischen Besatzungstruppe in Deutschland, General Pierre K. König. (dena)

Metallindustrie im Erzgebirge arbeitet wieder. In zwei Schichtanlagen bei Freiberg (Sachsen

Wenig (bevorstehende Friedensverhandlung usw.)
 selbst auf die Gefahr hin, das es bis in die höchsten Stellen dadurch empfindliche Belastungsproben zu bestehen gibt. Wenn ein Vergleich geschlossen wird zwischen den tausenden kleinen Leuten, welche durch ihre Zugehörigkeit, sei es aus Idealen und ehrlicher Absicht, oder angeblich aus gezwungenen Motiven heraus gewesen, daß sie Mitglied der SA-Mann oder Mitglied einer sonstigen Nazi-Organisation geworden sind, und dies deshalb wegen Untragbarkeit im demokratischen Staat ihren Dienst oder Stellung liquidieren mußten, so kann im Prinzip auch gegenüber diesen Männern nicht anders gehandelt werden. Diese Angelegenheit besteht somit zu Recht. Wenn die Sprecher der verschiedenen Parteien im Landtag dem öffentlichen Kläger Disziplinlosigkeit vorwarfen, so mag dieser Standpunkt verwaltungsmäßig, da der öffentliche Kläger diesen Fall nicht dem Herrn Minister vorgetragen, zum Vorwurf gemacht werden. Hätte allerdings der öffentliche Kläger den verwaltungsmäßigen Weg eingehalten, dann wäre es von vornherein zu keiner Anklage gekommen, denn diese Angelegenheit wäre gemäß Artikel 66 der Verfassung (Immunität) abgehoben worden. Besteht das Entnazifizierungsgesetz in seiner Anwendung nicht für alle belasteten Deutschen, welche welchen Rang und Standes? In diesem Punkte schaut die gesamte breite Masse unseres Volkes — nicht nur die betroffenen Nazi — jetzt erst recht durch diese peinlich entstandene Situation, skeptisch der weiteren Abwicklung des Entnazifizierungsverfahrens mitzusehen. Diese beiden Männer haben nach Sachlage genau so gut so lange von ihrem Posten abzutreten, wie jeder kleine Beamte oder eine sonstige Eintagsfliege im Erwerbsleben, bis der Fall abgeschlossen ist. Gerade weil es sich in diesem Falle um pol. Exponenten handelt, ist besondere Peniblenheit notwendig.

„Wichtig ist, daß der Fall mit aller Gründlichkeit geprüft wird“

Herr H. D. Karlsruhe, führt u. a. aus:
 „Wenn die Herren solche hervorragende Saboteure waren, wo blieb dann die erfolgreiche Gegenarbeit nach 1933?
 Herr Kamm dürfte seinen großen Fehler gemacht haben mit der Entlassung des bisherigen öffentlichen Anklägers, man könnte annehmen, man sollte seine gefährliche Person mundtot machen, die es wagt, sich vor dem badischen Ministerpräsidenten Maier usw. nicht Halt zu machen. Verwerflich vom Ankläger dürfte die allein überstürzte Anklage gewesen sein, aber im Grunde genommen, hat er Recht. Leute, die Hitler halfen, können niemals das deutsche Volk fürchten und vertreten, und müssen alle Fälle vom politischen Leben entfernt werden. Zu diesen Fällen gehören auch diese zwei Herren dazu. Es ist traurig, daß bereits innerhalb weniger Monate nach Bestehen der badisch-württembergischen Regierung es an Handlungen nicht fehlte, die den politischen Gegner in die Lage setzten, sich zu haben, das nicht in der Lage ist, der Welt zu beweisen, daß der Deutsche seinen guten Kern besitzt und gewillt ist, friedlich und demokratisch mit den anderen Menschen zu leben.“

„Unter der Not der damaligen Zeit“

Herr H. E. Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Ich bin der Ansicht, daß im Falle der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die Parteien Hitler mit den verantwortlichen Männern genau dieselben Wege gegangen wäre, wie dies mit sämtlichen politischen Gegnern geschehen ist, nämlich ins KZ, und kann mir denken, daß die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz ursprünglich gegeben wurde, um weiterhin gegen den Nationalsozialismus wirken zu können. Wenn in Artikel 66 der Verfassung die Immunität der Abgeordneten klar festliegt und bereits im Entwurf des Ermächtigungsgesetzes wurde, besteht keine Veranlassung, kaum daß die Verfassung in Kraft ist, schon den ersten Verfassungbruch vorzunehmen.“

Der Minister für politische Befreiung bestreitet mit Recht das Vorliegen eines Verfassungswidriges. F. K. Maier als öffentlicher Ankläger, einmal formell, da der betreffende Ankläger überhaupt nicht zuständig war, da die Meldebogen nicht in Stuttgart abgegeben wurden, zum andern aber auch selbstverständlich deswegen, weil der Minister nicht zuständig war. Die Verantwortung trägt und nicht nur eine Nebenfigur darstellt. Die Entbindung von seinen Dienstgeschäften halte ich persönlich für eine logische Folge.“

„Im politischen Rampenlicht“

Herr M. N., Langensteinbach, führt u. a. aus:
 „Betrachtet man den Streit, der sich durch die öffentliche Anklage des Herrn Franz Karl Maier gegen Dr. Maier und Herrn Simpfendorfer entwickelt hat, nur oberflächlich oder gefühlsmäßig, so kommt man leicht zu dem Schluß, daß es aussieht, als wolle man die Großen laufen lassen, während man die kleinen Mitläufer mit einem gewissen ewigen Makel belastet. Geht man der Sache aber etwas näher auf den Grund, so entsteht ein etwas anderes Bild von der ganzen Angelegenheit. Herr Maier hat nach dem Empfinden des Volkes gewiß recht, durch die Entnazifizierungsgesetze zu den Mitschuldigen zählt; aber er hat meines Erachtens deshalb noch lange nicht das Recht auf diese Art, wie er es getan hat, eine mehr politische als rechtliche Sensation heraufzubeschwören.“

Etwas anders wäre zu der ganzen Sache noch zu sagen. Hatten es die beiden Angegriffenen nötig, oder fanden sie es nicht etwas voreilig, nachdem, was sie am 23. März 1933 getan haben.

sich so ins politische Rampenlicht zu stellen? Es wäre vielleicht für sie und auch für die Demokratie besser gewesen, wenn sie zuerst auf eine andere Art bewiesen hätten, daß sie echte Demokraten und kluge Politiker geworden sind. Den Beweis des letzteren haben sie gewiß am 23. März nicht erbracht.“

„Recht der reinen Wahrheit“

Der Betriebsrat von Junker & Ruh schreibt:
 „Die Belegschaft fordert, getreu der Verfassung, Gleichheit Aller vor dem Gesetz, weder für, noch gegen Personen, ob sie Minister sind oder nicht, eingemessen zu sein, sondern nur von dem Grundsatz geleitet, „Recht der reinen Wahrheit“.
 Handlungen oder Unterlassungen, die wie die Vergangenheit bewiesen hat, zu dem Schlimmsten geführt haben, dürfen nicht wiederholt werden. Das Gesetz der Immunität der Abgeordneten darf diesem Fall nicht in Anwendung kommen. Die Belegschaft von 530 Beschäftigten verlangt eine Verurteilung der Schuldigen und spricht dem öffentlichen Kläger, Rechtsanwalt F. K. Maier das volle Vertrauen aus, auch unterstützt sie das weitere Vorgehen desselben.“

„Rechtfertigung in aller Öffentlichkeit“

Herr K. M., Karlsruhe, sagt:
 „In dieser Frage kann es für mich keinen Zweifel geben. Ich stimme den Gedankengängen des öffentlichen Anklägers voll und ganz bei. Die Gründe der beiden Beschuldigten, für deren gegebene Zustimmung, erscheint mir für Personen, die führend in der Öffentlichkeit stehen, geradezu reichlich kindisch.
 Ich stehe auf dem Standpunkt, jeder Politiker habe vor allen anderen Personen die Pflicht, sich gegen ihn erhabenen Beschuldigungen zu rechtfertigen und zwar in aller Öffentlichkeit.
 Ich protestiere gegen die Amtsentbindung des öffentlichen Anklägers — durch den Minister für politische Befreiung.“

„... würde ich ihnen raten, freiwillig zurückzutreten“

Herr A. B., Söllingen, äußert sich u. a. wie folgt:
 „Wären die zur Debatte stehenden Herren meine Parteifreunde, dann würde ich ihnen raten, freiwillig zurückzutreten. Schon im eigenen Interesse wäre dies nach Lage der Dinge das allerbeste aller Gegnern der Demokratie wäre damit der Wind aus den Segeln genommen. Hat nicht Hitler in einer seiner öffentlichen Reden den über alle Maßen anmaßenden Ausspruch getan, daß es „ein Nachteil gewesen wäre, wenn die Führer der Partei nicht freiwillig zurücktraten. Darum, wer nicht christlichen Grundsätzen (und diese wollen doch sicher die genannten Herren haben) nicht mit Füßen treten will, darf einem Teufel in Menschengestalt nicht die geringste Konzession machen. Er schlägt sonst den Führer der Kirche selbst.“

„Wer ist ohne Schuld geblieben?“

Herr J. Sch., Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Meiner Meinung nach hat zunächst der Minister für die Entnazifizierung das einzig Richtige getan und diesen öffentlichen Kläger abberufen. Nicht deshalb richtig, weil die Großen etwa geschont und die Kleinen gehängt werden sollen (zu dem letzteren gehöre auch ich), sondern weil ich dafür bin, daß es auch für einen „Öffentlichen Kläger“ einen Instanzenweg geben muß. Der Landtag hat für die Beklagten die Untersuchungskommission eingesetzt, und also der Gefahr der Vernebelung vorgebeugt, da hieran, so viel ich weiß, alle Parteien beteiligt sind. Deren Feststellungen sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, sagte der Minister und damit ist dem Interesse der Öffentlichkeit gedient, glaube ich.
 Zur Klage glaube ich jenem Abgeordneten Recht geben zu müssen, der sagt: „Wer ist ohne Schuld geblieben?“
 Eine Regierung soll arbeiten und eine Spruchkammer Recht sprechen, wie es ihr die Verfassung vorschreibt.“

„Recht für alle“

Herr G., Karlsruhe, antwortet u. a.:
 „Die Herren Minister gehören vor die Spruchkammer, weil sie den anderen Nazis den Weg vorgebereitet haben.
 Den Herren Abgeordneten von der CDU und DVP möchte ich den Rat geben, sämtlichen Spruchkammern aufzulösen, denn wenn man Schuldlosig frei laufen läßt, braucht man für die Anhänger keine Spruchkammer.
 Ich war früher in keiner Partei, bin auch heute in keiner Partei. Vor einigen Tagen habe ich im Rundfunk gehört, daß Mrs. Roosevelt durch ein amerikanisches Gericht wegen Autounfallsfall bestraft wurde. Die amerikanischen Richter haben auch Frau Roosevelt zur Verantwortung gezogen und wie steht es in Deutschland mit dem Recht? Wir verlangen, daß das Recht für alle Recht bleibt.“

„Wer den Alkohol bekämpft will...“

Herr S. S., Karlsruhe, äußert folgende Auffassung:
 „Meine Haltung beim Zustandekommen des Ermächtigungsgesetzes war von der Auffassung bestimmt, der Nationalsozialismus müsse zur Macht kommen, damit er sich abnutzen könnte.“
 „Wer den Alkohol bekämpfen will, helfe kräftig mit, ihn wegzutrinken.“

„Der Ankläger hätte abwarten müssen“

Herr F. B., Durlach, sagt:
 „Ein unglaublicher Vorfall, der mir bezeichnend für die mangelnde deutsche Solidarität erscheint.“

Wenn Ministerpräsident Dr. R. Maier und W. Sempfordörfer vor der großen Mehrheit des Landtags, auch im Bewußtsein ihrer damaligen Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz gewählt wurden, so erscheint mir das als vollkommene Rehabilitation und Unterstreich ihrer beruflichen und vor allem menschlichen Fähigkeiten. Und gerade letzteres halte ich für besonders wichtig ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit usw.“

„Respektiert den Willen des Volkes“

Herr F. L., Söllingen, äußert sich u. a. wie folgt:
 „Jeder ehrlich denkende Mensch wird dem öffentlichen Ankläger, F. K. Maier, die Anerkennung für sein mutiges Vorgehen nicht versagen. Männer mit Charakter treten in diesem Falle zurück.“

„Bürgfrieden, unter denen, die guten Willens sind“

Herr Fr. O. R., Karlsruhe, sagt u. a. folgendes:
 „Es sollte Bürgfrieden herrschen unter allen, die guten Willens sind, und wer wollte das bei Maier-Simpfendorfer bezweifeln? Wie sollte sonst irgend ein Aufbau, irgend eine spätere parlamentarische Zusammenarbeit möglich sein zur Formulierung der „Haushaltsgesetze“, „Schulden“ usw. Der Ankläger hätte vor allem die Untersuchung des Landtages abwarten müssen. Vom demokratischen, menschlichen und moralischen Gesichtspunkt aus spreche ich dem Ankläger jegliches Recht ab, so zu handeln.“

„Ob die Endwirkung den Erwartungen entspricht?“

Herr W. K., Karlsruhe, schreibt u. a.:
 „Kein Wort ist, seit längerer Zeit nun schon so mißbraucht und verweigert worden auf dem ganzen Erdenrund wie das Wort Demokratie, es hat sich in der Luft und in der Erde verankert, und man darf erwarten, daß es sich in der Zukunft als ein mächtiges Mittel erweisen wird. Der Herr Minister hat es in seiner Rede nicht schärfer, nicht weiter gesehen haben zu Anfang dieser Bewegung. Als gleichermaßen Kollegen haben sie so nahezu die ganze deutsche Männerwelt neben sich, wäre aber der deutsche Ackerboden nicht so sehr empfänglich schon lange vorher gewesen für diese Saat, so wäre diese Katastrophe nicht geworden, nicht möglich gewesen. Schuld aber, um dieses Wort zu gebrauchen dabei, hat daran mit die ganze Kulturwelt.“

„Versuch eines Querulanten“

Herr W. E., Bruchsal, schreibt u. a.:
 „Ich begrüße sehr herzlich den Versuch eines Querulanten, der Versuch eines Querulanten sollte auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden.“
 Herr Maier hat mit allen Vorbehalten — dazu seiner und seiner Kollegen Ansicht geäußert bzw. seine Zustimmung gegeben. Nachdem was wir heute wissen, war dies genug, mehr hätte auch nicht genügt. — Es soll heute irgend jemand behaupten, es wäre ihm durch den Herr Minister gelungen, diese ihm gestellten Vollmachten so gemein mißbrauche, so mag er zunächst einmal klar beweisen, was er getan hat, um die Ermächtigung zu verhindern. — Wenn er die Folgen kannte, so war es seine Pflicht, sich mit aller Macht dagegen zu stemmen. Die Welt davon in Kenntnis zu setzen und schließlich hätte er versuchen müssen, Hitler zu beseitigen. Mir ist ein derartiger Versuch unbekannt geblieben.“

„Hunderttausende, Millionen Männer und Frauen traten der NSDAP bei...“

Herr S. S., Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Hunderttausende, Millionen Männer und Frauen traten der NSDAP bei. Sie traten ihr bei, wie man einem Kegelpilz beitrifft, teils zufolge der Werbung, teils zur Unterstützung, teils aus Zwang oder unter Druck. Alle diese Menschen waren Parteigänger, Mitläufer, Menschen, die man zu keiner Sache gebrauchen kann, die heute morgen dort sind. Sie sahen teilweise vielleicht einen Vorteil und huldigten einem alten Wahlspruch: ubi bene — ubi patria! Ich bin ein Nichtparteigenosse und bin dem Kegelpilz nicht beigetreten. Deshalb bin ich nicht abwärts gekommen. Deshalb bin ich nicht in Deutschland geblieben, teils die Not und die Sorgen eines jeden, der heute lebt. Ich fühle mich gemein mit allen diesen Menschen.“

„Nicht gemein aber mit allen den Stärkeren“

Herr S. S., Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Nicht gemein aber mit allen den Stärkeren und weiseren. Die Welt davon in Kenntnis zu setzen und schließlich hätte er versuchen müssen, Hitler zu beseitigen. Mir ist ein derartiger Versuch unbekannt geblieben.“

„Herr R. Sch., Durlach, hebt u. a. folgendes hervor:“

„Der württemberg-badische Landtag — der sich ja bekanntlich aus Kandidaten aller Parteien zusammensetzt und ordnungsgemäß von der Bevölkerung gewählt wurde — hat am 16. 12. 1946 Herrn Dr. Reinhold Maier zum Ministerpräsidenten gewählt. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten, entweder ist der Landtag unfähig und wußte nicht was er tat, denn es kann ja nicht angenommen werden, daß den Herren Abgeordneten die Vorgänge jener Reichstagsitzung im März 1933 nicht bekannt waren, oder aber Herr F. K. Maier mißt jenen Vorgängen eine Bedeutung zu, die ihnen nicht zukommt.“

Wenn man annimmt, daß Herr Dr. R. Maier damals vom selben Verantwortungsgefühl besetzt war, das ihn in der heutigen schweren Zeit wieder bewegt hat, das Amt des Ministerpräsidenten anzunehmen, und damit dem Volke zu dienen, dann dürfte eine derartige Anschuldigung nicht zu Recht erhoben werden.“

„Respektiert den Willen des Volkes“

Herr F. L., Söllingen, äußert sich u. a. wie folgt:
 „Jeder ehrlich denkende Mensch wird dem öffentlichen Ankläger, F. K. Maier, die Anerkennung für sein mutiges Vorgehen nicht versagen. Männer mit Charakter treten in diesem Falle zurück.“

„Bürgfrieden, unter denen, die guten Willens sind“

Herr Fr. O. R., Karlsruhe, sagt u. a. folgendes:
 „Es sollte Bürgfrieden herrschen unter allen, die guten Willens sind, und wer wollte das bei Maier-Simpfendorfer bezweifeln? Wie sollte sonst irgend ein Aufbau, irgend eine spätere parlamentarische Zusammenarbeit möglich sein zur Formulierung der „Haushaltsgesetze“, „Schulden“ usw. Der Ankläger hätte vor allem die Untersuchung des Landtages abwarten müssen. Vom demokratischen, menschlichen und moralischen Gesichtspunkt aus spreche ich dem Ankläger jegliches Recht ab, so zu handeln.“

„Ob die Endwirkung den Erwartungen entspricht?“

Herr W. K., Karlsruhe, schreibt u. a.:
 „Kein Wort ist, seit längerer Zeit nun schon so mißbraucht und verweigert worden auf dem ganzen Erdenrund wie das Wort Demokratie, es hat sich in der Luft und in der Erde verankert, und man darf erwarten, daß es sich in der Zukunft als ein mächtiges Mittel erweisen wird. Der Herr Minister hat es in seiner Rede nicht schärfer, nicht weiter gesehen haben zu Anfang dieser Bewegung. Als gleichermaßen Kollegen haben sie so nahezu die ganze deutsche Männerwelt neben sich, wäre aber der deutsche Ackerboden nicht so sehr empfänglich schon lange vorher gewesen für diese Saat, so wäre diese Katastrophe nicht geworden, nicht möglich gewesen. Schuld aber, um dieses Wort zu gebrauchen dabei, hat daran mit die ganze Kulturwelt.“

„Versuch eines Querulanten“

Herr W. E., Bruchsal, schreibt u. a.:
 „Ich begrüße sehr herzlich den Versuch eines Querulanten, der Versuch eines Querulanten sollte auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden.“
 Herr Maier hat mit allen Vorbehalten — dazu seiner und seiner Kollegen Ansicht geäußert bzw. seine Zustimmung gegeben. Nachdem was wir heute wissen, war dies genug, mehr hätte auch nicht genügt. — Es soll heute irgend jemand behaupten, es wäre ihm durch den Herr Minister gelungen, diese ihm gestellten Vollmachten so gemein mißbrauche, so mag er zunächst einmal klar beweisen, was er getan hat, um die Ermächtigung zu verhindern. — Wenn er die Folgen kannte, so war es seine Pflicht, sich mit aller Macht dagegen zu stemmen. Die Welt davon in Kenntnis zu setzen und schließlich hätte er versuchen müssen, Hitler zu beseitigen. Mir ist ein derartiger Versuch unbekannt geblieben.“

„Hunderttausende, Millionen Männer und Frauen traten der NSDAP bei...“

Herr S. S., Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Hunderttausende, Millionen Männer und Frauen traten der NSDAP bei. Sie traten ihr bei, wie man einem Kegelpilz beitrifft, teils zufolge der Werbung, teils zur Unterstützung, teils aus Zwang oder unter Druck. Alle diese Menschen waren Parteigänger, Mitläufer, Menschen, die man zu keiner Sache gebrauchen kann, die heute morgen dort sind. Sie sahen teilweise vielleicht einen Vorteil und huldigten einem alten Wahlspruch: ubi bene — ubi patria! Ich bin ein Nichtparteigenosse und bin dem Kegelpilz nicht beigetreten. Deshalb bin ich nicht abwärts gekommen. Deshalb bin ich nicht in Deutschland geblieben, teils die Not und die Sorgen eines jeden, der heute lebt. Ich fühle mich gemein mit allen diesen Menschen.“

„Nicht gemein aber mit allen den Stärkeren“

Herr S. S., Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Nicht gemein aber mit allen den Stärkeren und weiseren. Die Welt davon in Kenntnis zu setzen und schließlich hätte er versuchen müssen, Hitler zu beseitigen. Mir ist ein derartiger Versuch unbekannt geblieben.“

„Herr R. Sch., Durlach, hebt u. a. folgendes hervor:“

„Der württemberg-badische Landtag — der sich ja bekanntlich aus Kandidaten aller Parteien zusammensetzt und ordnungsgemäß von der Bevölkerung gewählt wurde — hat am 16. 12. 1946 Herrn Dr. Reinhold Maier zum Ministerpräsidenten gewählt. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten, entweder ist der Landtag unfähig und wußte nicht was er tat, denn es kann ja nicht angenommen werden, daß den Herren Abgeordneten die Vorgänge jener Reichstagsitzung im März 1933 nicht bekannt waren, oder aber Herr F. K. Maier mißt jenen Vorgängen eine Bedeutung zu, die ihnen nicht zukommt.“

R. Maier und Herrn Sempfordörfer streiten müssen. Das Entnazifizierungsgesetz wurde als absurdum geführt. Vielleicht ist dies ein Erfolg.“

„Respektiert den Willen des Volkes“

Herr F. L., Söllingen, äußert sich u. a. wie folgt:
 „Jeder ehrlich denkende Mensch wird dem öffentlichen Ankläger, F. K. Maier, die Anerkennung für sein mutiges Vorgehen nicht versagen. Männer mit Charakter treten in diesem Falle zurück.“

„Bürgfrieden, unter denen, die guten Willens sind“

Herr Fr. O. R., Karlsruhe, sagt u. a. folgendes:
 „Es sollte Bürgfrieden herrschen unter allen, die guten Willens sind, und wer wollte das bei Maier-Simpfendorfer bezweifeln? Wie sollte sonst irgend ein Aufbau, irgend eine spätere parlamentarische Zusammenarbeit möglich sein zur Formulierung der „Haushaltsgesetze“, „Schulden“ usw. Der Ankläger hätte vor allem die Untersuchung des Landtages abwarten müssen. Vom demokratischen, menschlichen und moralischen Gesichtspunkt aus spreche ich dem Ankläger jegliches Recht ab, so zu handeln.“

„Ob die Endwirkung den Erwartungen entspricht?“

Herr W. K., Karlsruhe, schreibt u. a.:
 „Kein Wort ist, seit längerer Zeit nun schon so mißbraucht und verweigert worden auf dem ganzen Erdenrund wie das Wort Demokratie, es hat sich in der Luft und in der Erde verankert, und man darf erwarten, daß es sich in der Zukunft als ein mächtiges Mittel erweisen wird. Der Herr Minister hat es in seiner Rede nicht schärfer, nicht weiter gesehen haben zu Anfang dieser Bewegung. Als gleichermaßen Kollegen haben sie so nahezu die ganze deutsche Männerwelt neben sich, wäre aber der deutsche Ackerboden nicht so sehr empfänglich schon lange vorher gewesen für diese Saat, so wäre diese Katastrophe nicht geworden, nicht möglich gewesen. Schuld aber, um dieses Wort zu gebrauchen dabei, hat daran mit die ganze Kulturwelt.“

„Versuch eines Querulanten“

Herr W. E., Bruchsal, schreibt u. a.:
 „Ich begrüße sehr herzlich den Versuch eines Querulanten, der Versuch eines Querulanten sollte auf das Bestimmteste zurückgewiesen werden.“
 Herr Maier hat mit allen Vorbehalten — dazu seiner und seiner Kollegen Ansicht geäußert bzw. seine Zustimmung gegeben. Nachdem was wir heute wissen, war dies genug, mehr hätte auch nicht genügt. — Es soll heute irgend jemand behaupten, es wäre ihm durch den Herr Minister gelungen, diese ihm gestellten Vollmachten so gemein mißbrauche, so mag er zunächst einmal klar beweisen, was er getan hat, um die Ermächtigung zu verhindern. — Wenn er die Folgen kannte, so war es seine Pflicht, sich mit aller Macht dagegen zu stemmen. Die Welt davon in Kenntnis zu setzen und schließlich hätte er versuchen müssen, Hitler zu beseitigen. Mir ist ein derartiger Versuch unbekannt geblieben.“

„Hunderttausende, Millionen Männer und Frauen traten der NSDAP bei...“

Herr S. S., Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Hunderttausende, Millionen Männer und Frauen traten der NSDAP bei. Sie traten ihr bei, wie man einem Kegelpilz beitrifft, teils zufolge der Werbung, teils zur Unterstützung, teils aus Zwang oder unter Druck. Alle diese Menschen waren Parteigänger, Mitläufer, Menschen, die man zu keiner Sache gebrauchen kann, die heute morgen dort sind. Sie sahen teilweise vielleicht einen Vorteil und huldigten einem alten Wahlspruch: ubi bene — ubi patria! Ich bin ein Nichtparteigenosse und bin dem Kegelpilz nicht beigetreten. Deshalb bin ich nicht abwärts gekommen. Deshalb bin ich nicht in Deutschland geblieben, teils die Not und die Sorgen eines jeden, der heute lebt. Ich fühle mich gemein mit allen diesen Menschen.“

„Nicht gemein aber mit allen den Stärkeren“

Herr S. S., Karlsruhe, sagt u. a.:
 „Nicht gemein aber mit allen den Stärkeren und weiseren. Die Welt davon in Kenntnis zu setzen und schließlich hätte er versuchen müssen, Hitler zu beseitigen. Mir ist ein derartiger Versuch unbekannt geblieben.“

„Herr R. Sch., Durlach, hebt u. a. folgendes hervor:“

„Der württemberg-badische Landtag — der sich ja bekanntlich aus Kandidaten aller Parteien zusammensetzt und ordnungsgemäß von der Bevölkerung gewählt wurde — hat am 16. 12. 1946 Herrn Dr. Reinhold Maier zum Ministerpräsidenten gewählt. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten, entweder ist der Landtag unfähig und wußte nicht was er tat, denn es kann ja nicht angenommen werden, daß den Herren Abgeordneten die Vorgänge jener Reichstagsitzung im März 1933 nicht bekannt waren, oder aber Herr F. K. Maier mißt jenen Vorgängen eine Bedeutung zu, die ihnen nicht zukommt.“

Henker und Sadisten

Nürnberg, 3. Febr. (dena) „Wir waren erstaunt, daß wir überhaupt nichts von Wert in der medizinischen Forschung der Nazis fanden“, erklärte der Prorektor der Universität Illinois, Dr. Andrew C. Ivy.
 Die Nazis haben alle Methoden der klinischen Forschung umgestoßen, es habe zwar nie ein Gesetz über die Durchführung von Versuchen an Menschen gegeben, verantwortungsbewußte Ärzte seien jedoch stets dem Prinzip gefolgt, daß nur freiwillige und auch diese erst nach vorheriger Prüfung des Gefahrenegrades an Hand von Tierversuchen für diesen Zweck verwandt werden dürfen.

Hamburg, 3. Febr. (dena-DPD) In der Donnerstagsverhandlung des Ravensbrück-Prozesses sagte Otto Waterstraat als Entlastungszeuge für den Angeklagten Dr. Winkelmann aus. Dieser sei als Amtsarzt in Tschentochau während der deutschen Besetzung zum Stadtgespräch geworden, da er sich in heftiger Weise gegenüber SS-Offizieren geweiheit habe, Giftrezepte auszugeben. „Ich bin doch kein Henker“, habe Winkelmann dabei gesagt.
 Winkelmann sei außerordentlich korrekt und freundlich gegenüber Polen und Juden gewesen. Er sei durch seine Juden- und Polenfreundlichkeit nach der Ansicht einiger SS-Offiziere für das Nationalsozialistische Staatsgefuge untragbar gewesen.
 Dr. Martin Hellinger, der als Letzter der 16 Angeklagten des Ravensbrück-Prozesses durch seinen Verteidiger vernommen wurde, sagte aus: Er habe auf höheren Befehl den Toten die Goldzähne ausbrechen müssen, um das wertvolle Zahngold bei der Einschmelzung der Leichen vor dem Zerschmelzen zu bewahren. Er habe noch nicht einmal 100 Leichen auf diese Art untersucht.

Urteil im Ravensbrückprozess

Hamburg, 3. Febr. (dena-DPD) Johann Schwarzhuber: Tod durch den Strang. Ludwig Rambohr: Tod durch den Strang.

21 Todesurteile in Rastatt

Rastatt, 3. Febr. (dena) Das hohe Gericht in Rastatt verkündete am 1. Februar im Prozeß gegen die 50 früheren Wachmannschaften und SS-Männer der Außenlager des Konzentrationslagers Struthof-Natzweiler, 21 Todesurteile.
 Zum Tode wurden verurteilt die Angeklagten Schwarz, Hattenstein, Seth, Gleich, Busch, Storz, Oehler, Teischow, Winterbauer, Dornauer, Deutsch, Braunwarth, Becker, Sczypaniak, Piliotin, Theiß, Dobinsky, Pöfler, Burtel, Dahlmann, Lorenz.

Unter „automatischem Arrest“ Stehende

Stuttgart, 3. Febr. (dena) Internierte in Württemberg-Baden, die zwar dem automatischen Arrest unterliegen, jedoch entweder sterbenskrank, schwerbeschädigt, unheilbar krank oder prozeßunfähig sind, sollen auf Grund einer vom württembergisch-badischen Befreiungsministerium Einvernehmen mit der amerikanischen Militärregierung erlassenen Anordnung ohne vorherige Durchführung eines Spruchkammerverfahrens entlassen werden.

In Haft befindliche Geisteskranke

Frankfurt, 3. Febr. (dena) Alle in Zivilinternierungslagern der US-Armee und im Dachauer Lager unter Verdacht begangener Kriegsverbrechen stehende oder als Zeugen befindliche unheilbar geisteskranke Personen sollen aus der Haft entlassen und deutschen Krankenhäusern übergeben werden, da weder die Ernährung noch ausreichende Pflege der Betroffenen möglich ist.

Nicht benötigtes Material über Gefallene

Stuttgart, 3. Febr. (dena) Der Länderrat hat am 3. Dezember ein Antrag an die Militärregierung gerichtet, beim alliierten Kontrollrat zu bewirken, daß das Material der deutschen Dienststellen für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht in Berlin-Frohnau und der Außenstelle Berlin, Hardenbergstr. 10, nicht vernichtet werden möge.
 Dieser Antrag wurde am 18. Januar von der Militärregierung nur teilweise genehmigt. Nachdem die Benachrichtigungen über die im Krieg Gefallenen erfolgt sind, ist man sich Auffassung, daß die Anforderungen in bezug auf Anstand und Sitte erfüllt sind. Dasjenige Material, welches für alliierte Zwecke nicht gebraucht wird, und Unterlagen, die für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen nicht mehr benötigt werden, sind zur Vernichtung bestimmt.

Illegaler Besitz militärischer Zahlungszertifikate

Berlin, 3. Febr. (dena) Die Verordnung Nr. 10 der amerikanischen Militärregierung über „illegalen Besitz militärischer Zahlungszertifikate der USA“ wurde am 25. Jan. veröffentlicht. Dieses Gesetz soll klar diejenigen Einrichtungen und Personen bestimmen, die zum Besitz und Gebrauch militärischer Zahlungszertifikate berechtigt sind.
 Nach der Verordnung Nr. 10 ist allen Personen in der US-Zone und der Enklave Bremen mit Ausnahme des hierzu besonders berechtigten Personenkreises die Annahme, der Erwerb, das Eigentum,

der Besitz sowie der Kauf, Verkauf oder Tausch militärischer Zahlungszertifikate der USA oder die Beteiligung an irgendwelchen Transaktionen mit solchen Zertifikaten verboten.
 Die Verordnung bestimmt, daß jede Person, die gegen eine ihrer Bestimmungen verstößt, mit jeder gerichtlichen Strafe, mit Ausnahme der Todesstrafe, belegt werden kann.

Kein neues Kleingeld

Stuttgart, 3. Febr. (dena) Der am 3. Sept. 1946 gestellte Antrag des Länderrates, die Versorgung mit Kleingeld durch Freigabe vorhandener Münzmaterialien zu bessern, hat die amerikanische Militärregierung mit Schreiben vom 16. Jan. 1947 abgelehnt.
 Der Antrag könne nicht genehmigt werden, weil die Verprägung, der Druck und die Ausgabe deutschen Geldes Sache der vier Mächte sei. Die Frage einer späteren Wiederaufnahme durch die vier Mächte ist offengelassen.

Vergütung bei Arbeitsausfall

Stuttgart, 3. Febr. (dena) Eine neue Verordnung über die Vergütung bei Arbeitsausfall infolge vorübergehenden Mangels an Strom, Gas oder Kohle hat die württemberg-badische Regierung am 30. Januar auf Antrag des Arbeitsministers erlassen. Die Verordnung, die am 2. Februar 1947 in Kraft tritt und bis zum 31. März 1947 gilt, wurde erlassen, weil die Verordnung des Arbeitsministers über eine Sonderbeihilfe bei Kurzarbeit vom 31. Dezember 1946 nur bis zum 1. Februar Gültigkeit besaß. Nach der neuen Verordnung werden bei Kurzarbeit für Angehörige der Lohnsteuergruppe I 80% und für Angehörige der Lohnsteuergruppe II und darüber 90% des Bruttolohnes vergütet. Wird eine Betriebsstilllegung (völlige Arbeitsruhe) aus denselben Gründen für mindestens eine Woche behördlich angeordnet, so werden für Angehörige der Lohnsteuergruppe I 75% und für Angehörige der Gruppe II und darüber 80% des Bruttolohnes vergütet.
 Sowohl die Ausfall- als auch die Stilllegungsvergütung sind lohnsteuerpflichtig und werden in Bezug auf die Sozialversicherung und sonstige Abgaben wie eigentlicher Lohn angesehen.

Für Arbeitsausfälle, die aus anderen Gründen als Strom-, Gas- oder Kohlenmangel entstehen, wie z. B. Rohstoffmangel, wird Kurzarbeiterunterstützung nur nach der Verordnung des Arbeitsministers vom 7. Dez. 1946 gewährt.

Der Essener Bergmannsstreik

Oberhausen, 3. Febr. (dena-DPD) Auf einer Tagung des ersten Bezirks des Industrieverbandes Bergbau wurde die Auffassung vertreten, die Bergmannsstreiks der letzten Tage seien ein Ausdruck dafür, daß die Bergarbeiterfamilien wie die ganze Bevölkerung am Ende ihrer Kraft seien. Mangel an Brot und anderen Lebensmitteln habe die Arbeitsfähigkeit sehr geschwächt.

Bereit zur Hilfe

Berlin, 3. Febr. (dena) „Der erste helle Punkt im heutigen Leben Deutschlands ist die Verschmelzung der US- und britischen Zone zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet“, erklärte Lord Beveridge am 31. Januar vor seiner Abreise nach England.
 Als den größten Vorteil des Zweizonenabkommens bezeichnete Lord Beveridge den durch diese Tat erbrachten Beweis, daß die beiden Nationen bereit seien, sich nicht nur in der Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft zu leisten.
 Wie er ergänzend mittel, sagte Lord Beveridge, er glaube, daß sich die Lage für den Durchschnittsdeutschen nicht nur in der britischen Zone, sondern wohl in Gesamtdeutschland seit seinem letzten Besuch in Deutschland vom August vorigen Jahres nur wenig gebessert habe. In der britischen Zone sei sogar manches schlechter geworden, als es vor sechs Monaten war. Vor allem hätten die seelischen Reserven, auf denen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft beruht, abgenommen.

Vorverlegung der Entlassungszelt für deutsche Kriegsgefangene

Frankfurt, 3. Febr. (dena) Der Zeitpunkt für die restlose Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen in Arbeitskompanien in der amerikanischen Zone Deutschlands ist vom 30. Juni auf den 28. Februar vorverlegt worden. Schreiber in Entlassungslagern für deutsche Kriegsgefangene werden von dieser Regelung nicht betroffen.

Aussichten der Normalverbraucher

Wenn es gelungen ist, als Normalverbraucher 97 Perioden durchzustehen, den besessenen Ehrgeiz, auch die noch zu bezwingenden Perioden erfolgreich zu überwinden, um das Ernährungsamt um die in Aussicht stehenden Sonderzuteilungen zur 100. Jubiläums-Periode zu schädigen. Ich habe deshalb Vergleiche gezogen, aber das Ergebnis ist verheerend, und gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß. Ein Foto zeigte einen feinsten Kopf mit beachtlichem Doppelkinn und einer nicht zu verbergenden Rundung unterhalb der Brust. Ich erinnere mich ganz genau, daß man damals noch nicht von Kalorien sprach.



Es sind mir aus dieser Zeit noch prächtigere Exemplare in Erinnerung, die Stein und Bein schworen, daß sie sich lediglich von Wasser- und Suppe ernähren. Ich habe diese Meinerdeigen wieder gesehen, hohlwändig, brandmager, mit viel zu weiten Änzeln. Sie rechnen jetzt auch mit Kalorien.

Nach meinen Berechnungen müßten sie noch die 100. Periode erreichen, und dann könnten ihnen die ergebigen Sonderzuteilungen des Ernährungsamtes weiter helfen.

Veredlung der Amtsverhältnisse der Stadtverwaltung

Zum ersten Male seitdem das neue Rathaus als Verwaltungsgebäude der Stadt dient, trug es am Montag Flaggenschmuck. Am Eingang des Rathauses wehten zwei Fahnen, die eine in den Stadtfarben und die andere in schwarz-rot-gold, den Farben des neuen Staatsgebildes Württemberg-Baden. Anlaß war die Veredlung der Amtsverhältnisse der Stadtverwaltung auf die württembergisch-badische Verfassung, die im Gemeindefassal des Feuerwehrgesetzgebungsstatut, Oberbürgermeister Töpfer stellte, eingangs seiner Ausführungen die Eidesleistung früherer Zeiten den heutigen gegenüber. Er würdigte die Weimarer Verfassung, wobei er bedauerte, daß deren Inhalt so wenig Staatsbürgern bekannt war. Alle die guten Willens sind, seien am Aufbau des neuen Staates willkommen. Der Eid auf die Verfassung sei freiwillig. Mit der Bitte, im Geiste des neuen demokratischen Staates mitzuarbeiten, auch wenn erst die Jugend die Früchte dieser Arbeit ernten könne, schloß Oberbürgermeister Töpfer seine Ansprache.

Der Inhalt der Eidesformel beschränkt sich nicht nur auf das Bekenntnis der Treue zur demokratischen Verfassung, sondern verlangt auch, diese Verfassung zu verteidigen, die weiteren die Amtspflichten jederzeit gewissenhaft zu erfüllen. Zuerst wurde vom Stadtoberhaupt den drei Bürgermeistern der Dienst-eid abgenommen und dann den Amtsvorstehern, wobei jeder einzelne durch Handschlag seine Eidesleistung bekräftigte.

Sonderaktion beim Wirtschaftsamt. Die bisher nicht abgeholt Bezugscheine sind selbstverständlich in der Gartenstr. 47, wie auf der Einbestellungskarte vermerkt, in Empfang zu nehmen. In den neu ausgestellten Einbestellungskarten ist jeweils der Ort der Ausgabe vermerkt.

Speisekartoffeln. Das Ernährungsamt gibt bekannt, daß 1 Zentner Einkelnerkartoffeln abzugeben der s. Zt. durchgeführten Abrechnung der Lieferabschnitte des Bezugsausweises für Speisekartoffeln 4 Zuteilungsperioden (bis einschl. 2.3.47) ausreichen muß. Aus diesem Grunde wird eine Abstempelung der Bezugsausweise für die Nichteinkehrer erforderlich. Nähere Einzelheiten siehe im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe.

Höchstgewicht für Auslandsbriefsendungen. Ab 1.2.1947 wird das Höchstgewicht für Briefsendungen nach dem Ausland auf 500 g erhöht. Die Postgebühren betragen für die ersten 20 g 75 Rpf, für jede weitere 20 g 45 Rpf.

Tödlicher Verkehrsunfall. In Rippurr fuhr eine Radfahrerin auf einen Lastzug auf, der vor ihr aus der Langstraße in den Brunnenstörweg einbog. Sie wurde hierbei vom Anhänger überfahren und tödlich verletzt.

Arbeit / Von Ch. Masson

Gustave, auf seinem Spaziergang durch den Luxembourg, traf Gaston. Sie setzten sich auf eine Bank. Ein Arbeiter kam herzu, ließ sich mit höflichem Gruß gleichfalls auf der Bank nieder, zog aus der Tasche sein in Zeitungspapier gewickeltes Frühstück und begann zu essen. Das Zeitungspapier glättete er sorgfältig und las.

„Ah“, sagte Gustave zu Gaston, „du bist auch schon unterwegs?“

Gaston zog die Augenbrauen hoch. „Schon? Mein Lieber, ich bin seit sieben Uhr auf den Beinen — und jetzt ist es zehn! Zuerst war ich in der Redaktion, dann in der Ausstellung der Keramiker, im Café Bruat schrieb ich ein Feuilleton darüber, jetzt bereite ich mich innerlich auf ein Interview mit Grete van Zanot Mertil, der kommenden amerikanischen Weltmeisterin im Eislauf, vor. Du weißt: sie ist auf der Durchreise hier. Um ein Uhr muß ich wieder in die Redaktion, drei Stunden des Nachmittags gehören meiner Arbeit über die Entwicklung des Tonfilms, abends ist Premiere in der Oper.“

Gustave lächelte: „Ein wohlgefüllter Tag.“

Gaston: „Ja — ich arbeite täglich mindestens zwölf Stunden. Während du —“

Gustave hob die Hand. „Ich weiß: ich, meinst du, gehe indes nur spazieren.“

„Nicht nur —. Aber deine Arbeit, du wirst es zugeben, ist leicht. Du gehst etwa in den Jardin des Plantes und beobachtet lange Zeit den Waschbären. Daraus ziehst du vielleicht Anregung zur Schilderung des braven Bürgers Plusmin in deinem neuen Roman —.“

Ein paar Sätze: die Arbeit eines Tages.“

„Oh, ihr Journalisten seht viel, aber von allem nur die Oberfläche. Ein paar Sätze am Tage sind nicht viel, zugegeben; aber sie sind ein Ergebnis, ein Schlußpunkt; versteht du. Während ich frühstücke, durch die Straßen gehe, im Café sitze, oder, wie du willst: im

Ein guter Fang. Einem von dem Kriminalpolizei festgenommenen Einbrecherpaar, einer Frau aus Hagfeld und einem Mann aus Durlach, konnten bisher 19 Einbruchdiebstähle nachgewiesen werden, die sie in Karlsruhe und in der näheren Umgebung ausgeführt hatten.

Verfehlungen eines Angestellten. Zu dem in Nr. 11 vom 28. Januar geschilderten Fall von der Verschiebung dreier Schweine nach Bretten wird ergänzend mitgeteilt, daß das Landwirtschaftsamt selbst an der Aufklärung beteiligt war, und daß der betreffende Angestellte nach Feststellung der Verfehlungen aus seinem Dienstverhältnis fristlos entlassen worden ist.

Im Kulturbund Karlsruhe findet am Mittwoch, den 5. Februar, abends 19.00 Uhr, im Munz-Saal der seltener verschobene Vortrag des Direktors des Collegium Academicum der Universität Heidelberg, Joachim Boeckh, über „Der Weg der jungen Generation“ statt.

Geburtstag. Der in Sängerkreisen weithin bekannte Komponist und Chorleiter, O.-R.-Rat Franz Zureich, feierte am 2. d. Mts. in körperlicher und geistiger Frische in B.-Baden seinen 80. Geburtstag.

Otto Müller, Kaiserstr. 25, feiert am 7. Febr. seinen 80. Geburtstag, ebenfalls Frau Elisabeth Schöle, Karlsruhe-Rippurr, Kleiststraße 8, am 4. Februar. — Frau Apollonia Gutmann, Karlsruhe, Dammertstraße 46, feiert am 5. Februar ihren 84. Geburtstag.

Ein Landessiedlungsamt gebildet

Um heimatlos gewordenen oder sonst um ihre Existenzgrundlage gekommenen Menschen eine neue Heimat und Lebensmöglichkeit zu verschaffen, wurde beim Würt.-Bad. Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung ein Landessiedlungsamt gebildet, das verantwortlich ist für die Beschaffung von Siedlungsland und für die Aufstellung eines Siedlungsplanes, in dem alle in dem Gesetz vom 30. Oktober 1946 verankerten Ziele berücksichtigt werden. Die eigentliche technische Durchführung der Siedlungsarbeiten, die Aufteilung des Geländes, die Errichtung der erforderlichen Bauten und Einrichtungen und die Ansetzung der Siedlungsbewerber ist jedoch gemeinsamen Siedlungsunternehmen übertragen worden, die unter Aufsicht des Landessiedlungsamtes diese Aufgaben zu erfüllen haben.

Infolge der Dringlichkeit, die Arbeiten möglichst schnell anlaufen zu lassen, wurde eine Organisation gegründet, nämlich die Badische Landessiedlungs-G.m.b.H. Gesellschafter dieser Organisation sind der Landesbezirk Baden, die neun Land- und vier Stadtkreise sowie die Geldinstitute, die Bad. Landeskreditanstalt für Wohnungsbau, die Bad. Landwirtschaftsbank (Bauernbank) und die Bad. Kommunale Landesbank. Es sind demnach alle an der Durchführung des Gesetzes interessierten öffentlichen Stellen an der Gesellschaft beteiligt, so daß die Gewähr dafür geboten ist, daß die Arbeiten mit Energie und unter Berücksichtigung aller verschiedenen Interessen in Angriff genommen werden können. Außer den Vertretern der Gesellschaft sind in den Aufsichtsrat, zu dessen Vorsitzenden Präsident Keidel von der Bad. Landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation bestellt wurde, auch je ein Vertreter der Land- und der Siedlungsbewerber berufen, damit auch die unmittelbar an diesen Fragen interessierten Kreise auf die Tätigkeit der Gesellschaft Einfluß bekommen.

Die Geschäftsstelle der Badischen Landessiedlungs-G.m.b.H. befindet sich in Karlsruhe. Zum Geschäftsführer wurde Dipl.-Landwirt Probst bestellt. Zu den Aufgaben der Organisation gehört die Beschaffung von Siedlungsland für landwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe. Als erste Aufgabe ist der neuen Organisation die Verwertung des freigegebenen Wehrmachtslandes übertragen, es folgen die Ländereien, die im Zuge der Durchführung der Bodenreform zur Verfügung gestellt werden und die Ländereien, die durch die vorgesehenen Meliorationen der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Nutzung zugeführt werden. Es ist also in weitem Maße dafür gesorgt, daß für eine große Zahl entwurzelter und augenblicklich hoffnungslos in die Zukunft blickender Menschen wieder eine Existenzmöglichkeit und eine Heimat geschaffen wird.

Die neuen Lebensmittel-Rationen

Zuteilungen für die 98. Periode vom 3. Februar bis 2. März 1947

Table with columns for Lebensmittel (Brot, Nahrungsmittel, Fleisch, Fett, Käse, etc.), Sgl. (1-3), Klst. (1-3), and Jhd. (1-3) with corresponding ration amounts.

Der Druck der Lebensmittelkarten für die 98. Periode war vor Bekanntwerden der Rationssätze der 98. Zuteilungsperiode bereits durchgeführt. Es müssen daher Fett-, Zucker- und Kaffee-Ersatz-Abschnitte mit einer anderen Menge als der Aufdruck lautet, aufgerufen werden.

Neuinszenierung im Bad. Staatstheater

Der Mustergatte / Von Avery Hopwood

Zwei Fragen stellte man sich. Die erste lautete: Warum hat man ausgerechnet den „Mustergatten“ auf den Spielplan gesetzt (als gäbe es keine gehaltvolleren Lustspiele, Shakespeare, Lope de Vega), und die zweite ist etwa so zu formulieren: Warum, wenn man sich schon so ein schwaches Stück auswählt, wurde

„Mustergatte“ so wenig mustergültig aufgeführt? Denn auch Herr Schudde hat nicht ganz recht, wie er im Programmzettel unter „Zuschauer müssen so sein“ vor allem die Aktivität des Publikums hervorhebt. In erster Linie kommt es wohl darauf an, daß der Zuschauer — und das gerade bei einem schwachen Stück — den Zuschauer packt.

Es lag nicht so sehr am Titelheld selber. Philipp Gehly, den man nach längerer Zeit als Gast wieder einmal in Karlsruhe begrüßen konnte und der durch herzerfrischende, sichere Art des Spiels und Kultur des Sprechens erfreute, gab zusammen mit seiner Partnerin, Anneliese Garbe, ein reizendes die „Sünde suchendes“ Pärchen ab. Gehly, am Anfang noch etwas befangen, hatte Einfälle und Gefühl für gute Pointen, Anneliese Garbe stand ihm darin nicht nach. Man hatte das Gefühl — vor allem in der alkoholischen „Wolkenkratzenzene“, — daß einer den anderen aus der Reserve herauszulocken verstand. Im ganzen gesehen, Still Rühmann-Waldmüller. Das andere Paar: Ernie Lorenz, Peter Frank, Ernie Lorenz entsprach nicht dem, was man von der gelangweilten, später zur Fureur werdenden jungen Ehefrau hätte erwarten können. Dafür hatte sie für heutige Verhältnisse beidenswert elegante und geschmackvoll nuancierte Toilette gemacht. Peter Frank, der der ganzen Inszenierung hätte mehr Schwung verleihen, sie mit mehr neuen Einfällen hätte ausstatten sollen und die einzelnen Spieler für einander erwärmen müßte, war schon wegen Erhaltung schlecht disponiert. Von einer gepflegten Sprache konnte diesmal schon gar keine Rede mehr sein. Auch ihm fehlten echtes Spiel und Pikanterie. Hans Sandler als der Mann, um den das Ehehochwobu sich entspinnt, hatte nicht viel Möglichkeiten, sich in seiner Rolle auszuspielen, wo er es hätte tun sollen, fehlte ihm der Esprit des Don Juan. Gisela Lohr gefiel in der Rolle des routinierten Kammerkätzchens Paul Becker und Karl Arnold waren zwei rabauernde Umzugsleute.

Währungsordnung und Bodenreform

Eine Veranstaltung des Freiwirtschaftsbundes Karlsruhe

Eine interessierte Hörerschaft fand am vergangenen Samstag der Vortrag von Otto Laufenbach über „Währungsordnung und Bodenreform sichern Deutschlands Aufbau“ im Bonifatiusaal, veranstaltet vom Freiwirtschaftsbund, Kreisverband Karlsruhe. Nach der Begrüßung durch Herrn Nopper entwickelte der Redner die Vorschläge des Bundes, aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen. Die Situation ist gekennzeichnet durch die ungeheuren Sachkapitalzerstörungen, den Mangel an Vorräten, die Geldkapitalfülle und den Warenmangel. Das Zusammenwirken dieser Faktoren schafft die gegenwärtig katastrophale Lage. Die Ware wird nicht mehr oder nur noch zwangsweise gegen Geld angeboten, weil für den Erlös nichts gekauft werden kann. Nur noch der direkte Tausch bewegt Ware. Demgegenüber will das Programm des Freiwirtschaftsbundes Voraussetzungen für eine Gesundung schaffen. Auf der währungsrechtlichen Seite soll ein Gleichgewichtszustand zwischen Ware und Geld geschaffen werden. Der bare Geldumlauf wird im Verhältnis 1:10 umgetauscht. Das Geld wird hier-

durch genau so knapp wie die Ware, das Geld rückt wieder in seine alte Funktion ein: der Anreiz und Zwang zu wirtschaftlichem Handeln ist gegeben. Auf der finanzpolitischen Seite ist eine Trennung zwischen den Steuern, die der Staat für seine Aufgaben braucht, und den Abgaben an ein Kriegsliquidationsamt vorgesehen. Alle Geldkonten werden auf ein Viertel abgeschränkt. Dadurch hat das Amt keine Einnahmen, aber die Schuldenlast ist erheblich herabgedrückt. Dann werden alle Sachgüter mit 75 Proz. belastet. Hieraus ist die Hinterlassenschaft des Krieges zu bezahlen. Ferner soll eine gründliche Bodenreform, die sich nach der Grundrente und nicht nach der Größe des Besitzes richtet, durchgeführt werden. Der Redner wies darauf hin, daß es Amerika und Schweden für lange Zeit gelungen ist, durch währungsrechtliche Maßnahmen den wirtschaftlichen Aufschwung zu gewährleisten. Die Krise kommt daher, daß sich das Kapital zurückhält, wenn es nicht mehr rentabel genug verzinzt wird. Hierdurch entsteht Wirtschaftskrise, diese führt zu Kapitalmangel, es wird wieder angeboten bei hohem Zinssfuß usw. Um diese Wellenbewegung zu verhindern, muß man das Geld unter Angebotszwang stellen, indem man es wie die Ware vererblich gestaltet. Die Durchführung dieser Maßnahmen würde den Schlußstrich unter den Krieg ziehen, wir würden zwar arm werden, hätten aber die Möglichkeit, uns als eigener Kraft wieder emporzuarbeiten.

Bau eines Laubenganghauses im Dammerstock

wenig Mangelbaustoffe, wie Holz usw., erforderlich werden. Das für das Jahr 1947 vorgesehene Bauprogramm umfaßt die Errichtung eines zweistöckigen Laubenganghauses im Dammerstock mit 12x3 Raum-Wohnungen. Der Stadtrat hat nach eingehender Beratung der vorgesehenen Beteiligung der Stadt an der neuen Gesellschaft zugestimmt.

Stadtbildstelle Karlsruhe. Die Aufgaben der Stadtbildstelle Karlsruhe werden mit Genehmigung des Stadtrates künftig durch die Landesbildstelle Karlsruhe mit übernommen.

Prüfung für Baustatik. Der Stadtrat hat beschlossen, bei der Stadtverwaltung Karlsruhe ein Prüfstoff für Baustatik einzurichten.

Ein Amtsblatt für Karlsruhe. Am 7. Febr. 1947 erscheint erstmals das „Amtsblatt für den Stadt- und Landkreis Karlsruhe“, das Publikationsorgan der Behörden des Stadt- und Landkreises Karlsruhe. Es erscheint wöchentlich einmal und wird alle wichtigen Bekanntmachungen für Behörden und Bevölkerung enthalten. Einsendungen von Bekanntmachungen der Behörden und Bestellungen für den Dauerbezug an das Nachrichtenamt der Stadt Karlsruhe (Amtsblatt), Neues Rathaus, Einzelpreis — 15 RM.

Radioprogramm

Table with columns for Station (Stuttgarter Sender, etc.), Time, and Program Name (Landfunk, Musik, etc.).

Kath. Frauenbund Karlsruhe

Dr. Helene Weber über die Frau an der geistigen und sozialen Wende unserer Zeit

Auf Einladung des Katholischen Frauenbundes kam Frau Dr. Helene Weber nach Karlsruhe. Helene Weber gehört zu den ersten Frauen, die im Jahre 1919 in das Parlament einzogen; sie war Reichstagsabgeordnete, später Ministerialrätin im preussischen Wohlfahrtsministerium und stellvertretende Bundesvorsitzende des Kath. Frauenbundes. Bei ihrem gut besuchten Vortrag im Munzsaal führte Frau Dr. H. Weber u. a. aus: Der Nationalsozialismus sei nicht Beginn, sondern letzte Epoche des Abfalles von Gott und Christus, vom christlichen Menschen- und Frauenbild. Jede Zeitenwende rufe nach der Frau. Das schmerzliche Antlitz der unvollendet hinterlassenen Pieta von Michelangelo sei das Antlitz der Frau von heute, der Frau, die aus ihrem Leid und ihren Schmerzen zu fordern, aber auch zu geben habe. Eine geistige Wandlung müsse kommen, eine Wende zur Liebe. Das ist eine Verantwortung für uns und für die Siegermächte. Die Frau trage das Leben, die Hoffnung für den morgigen Tag, den Tag der Jugend. Uns ruft der lebendige Gott: „Sag ihnen, was nützen die hohen Dome, ich will nur eines, ich will euer Herz.“ Die Friedensarbeit erfordere die Erneuerung unserer selbst. Die deutschen katholischen Frauen haben nach dem ersten Weltkrieg die Frauenfriedenskirche in Frankfurt aufgebaut. Sie soll der Welt eine Wallfahrtskirche werden zur „Regina Pacis“, zur Königin des Friedens im Glauben an das Kreuz, die Liebe und den Frieden. C.S.

Zahlungsanweisungen an entlassene Kriegsgefangene

Die Militärregierung hat eine Anordnung erlassen, die die Ausführungsbestimmungen zur Einlösung von Kreditzertifikaten und Auszahlung von amerikanischen militärischen Zahlungsanweisungen an entlassene Kriegsgefangene der USA näher erläutert. Gleichzeitig hat sie die Ausführungsbestimmungen zur Zahlung von amerikanischen militärischen Zahlungsanweisungen im Besitz von und zahlbar an Angehörige von noch in amerikanischer Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen bekanntgegeben. Diese Anordnung der Militärregierung wird die Stadtverwaltung in dem Amtsblatt vom 8. Februar 1947 erscheinenden Amtsblatt veröffentlichen. Personen, die auf Grund der oben genannten Bestimmungen Anspruch zu stellen haben, wollen in die Anordnung Einsicht nehmen, um sodann bei der Landeszentralbank ihre Forderung stellen zu können. Es ist erwünscht, daß die Anträge zeitlich verteilt bei der Landeszentralbank eingereicht werden, damit in der Bearbeitung keine Stöckung eintritt. Eine Frist ist bis jetzt noch nicht festgesetzt.

Wie wird das Wetter?

Weiterbericht vom Amt für Wetterdienste Karlsruhe. Tauwetter, Vorhersage, gültig bis Mittwoch abend: Bei schwachen bis mäßigen südwestlichen Winden überwiegen stark bewölkelt. Zeitweise Niederschläge, meist als Regen. Glatteisgefahr. Tagestemperaturen (einige Grade über Null, nachts leichte Fröste.

Rheinwasserstände

1. Febr. 47: Konstanz 258, —, Breisach 103, —, Straßburg 152, +2, Maxau 322, —2, Mannheim 178, —2, Caub 430, —60, 2. Febr. 47: Konstanz 256, —, Breisach 104, +1, Straßburg 148, —4, Maxau 332, +10, Mannheim 185, +7, Caub 419, —17, 3. Febr. 47: Konstanz 255, —1, Breisach 94, —10, Straßburg 135, —13, Mannheim 338, +6, Mannheim 187, +2, Caub 407, —6.

Die Einheitszigarette (Länge: 2 m)



Kammersängerin Professor Anna Bahr-v. Mildenburg

Von Professor Dr. Emil Kast

Ihr letzter Brief vom 8. Januar 1947 hat mich vor 10 Tagen erreicht, und nun lese ich in der „Rhein-Neckar-Zeitung“, daß die bedeutende Frau in ihrem heimlichen Wien gestorben ist, 75 Jahre alt. Wir sollten sie, waren erst die Möglichkeiten menschlichen und künstlerischen Austausches mit Oesterreich wieder gegeben, in Karlsruhe begrüßen; sie hatte begeistert für längerer Zeit schon zugestimmt, in der Vereinigung zur Pflege neuer Kunst zu erzählen aus eigenen Erinnerungen an die große Zeit eines noch nicht mißbrauchten und vergifteten Bayreuth und an Gustav Mahler, ihren unvergessenen Entdecker. Sie hätte auch wohl von ihrem Gatten Hermann Bahr gesprochen, dessen Gesamtwerk und bedeutenden Nachlaß sie eben in einer umfassenden endgültigen Ausgabe zu veröffentlichen begonnen hatte. Die große Künstlerin, eine wahrlich gültige Frau, aller Jugend rastlos zugewandt, sie, die selbst bis zuletzt jugendlich schaffensfreudig geblieben ist. Voll selbstironischen Stolzes plauderte sie gern, wie tollkühn sie als 24jährige unter Cosima Wagners Wegweisung die Kundin in Bayreuth lernte und gleich verkörperte, fähig gab sie ihr überlegen Können und Wissen (sie hat es auch literarisch niedergelegt, und aus ihrem persönlichen Nachlaß gewärtigen wir wertvolle Veröffentlichungen, hoffentlich auch erinnernde Art) in ihrem Studio am Salzburger Mozartpark und der Wiener Hochschule für Musik an die Jugend unseres Bühnennachwuchses weiter auf eine Weise, die jedem auch bloß Zuschauenden und Zuhörenden eine herrliche Erkenntnisverlebung und Begnugung ihr erstmalig am Vorabend der Grillparzer-Jahrdarsteller in Salzburg, wo ich die Gedekrude halten durfte. Im „Steinlechner“, wo es ein Hermann-Bahr-Stüberl gibt, vermittelten Freunde unser Kennenlernen. Ich sah Anna Bahr-Mildenburg in Salzburg später und habe sie in ihrer wundervoll als eine Art privaten österreichischen Museums ausgestatteten Wohnung im schönen Wiener Bezirk in der Gumpendorfer-Straße 25, Ostern 1942, zum letzten Male gesehen, wo sie ganz unvergleichlich Karlsruher Hoftheater-Erinnerungen und solche an den

Neues von Utrillo

Maurice Utrillo, einer der bedeutendsten zeitgenössischen Maler Frankreichs, lebt seit mehreren Jahren in völliger Zurückgezogenheit in einem Landhaus in dem Pariser Vorort Le Vesinet. Der Künstler, der früher im Montmartre-Bezirk seiner alkoholischen Exzesse wegen berüchtigt war und seine heute im Kunsthandel zu riesigen Summen verkauften Bilder für einige Gläser Wein in Tausch gab, ist heute völlig erlöst. Er hat sich 1946 mit dem Katholizismus bekehrt. Er malt nur noch weiche Bilder, und wie schon immer nach Postkarten. Er hat nicht ein Porträt gemalt, und er erklärte selbst, daß er niemals Zeichen gelernt habe und daß ihm alle Versuche, nach lebenden oder photographischen Porträts zu malen, mißlungen seien. Einem Vertrag gemäß muß er alle seine Gemälde einem in Paris lebenden englischen Kunsthändler sprochischer Abstammung, Petrides, einem früheren Schneider, zum Verkauf übergeben — allerdings für Summen, die ihm ein sorgenloses Leben gewährleisten. Er ist 63 Jahre alt, seit zehn Jahren zum zweitenmal verheiratet, und empfangt nur selten seine früheren Freunde zum Besuch.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit in Karlsruhe. Die Arbeitslosigkeit in Karlsruhe hat sich im Januar 1947 gegenüber dem Dezember 1946 um 100 Personen erhöht. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 31. Januar 1947 10.200 Personen.

Verkehrsunfälle

Verkehrsunfälle in Karlsruhe. In der ersten Hälfte des Jahres 1947 ereigneten sich in Karlsruhe 120 Verkehrsunfälle, bei denen 15 Personen verletzt und 3 Personen getötet wurden.

Kulturveranstaltungen

Kulturveranstaltungen in Karlsruhe. Am 3. Februar 1947 fand im Munzsaal ein Vortrag über „Währungsordnung und Bodenreform“ statt, an dem etwa 100 Personen teilnahmen.

Geburtsanzeigen

Geburtsanzeigen in Karlsruhe. Am 2. Februar 1947 wurde in Karlsruhe ein Kind geboren, das von der Landeszentralbank als Kriegsgefangener registriert wurde.

Todesanzeigen

Todesanzeigen in Karlsruhe. Am 3. Februar 1947 starb in Karlsruhe ein 75-jähriger Mann, der an einer Herz-Kreislauferkrankung erkrankt war.

